

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinwendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 25. Juli 1931

35. Jahrgang

Nummer 30

## Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands im Jahre 1930

Vor uns liegt in schmaler Aufmachung das vom Verbandsvorstand herausgegebene „Jahrbuch 1930 und Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt“. Inhaltlich gut und übersichtlich gegliedert, umfaßt es 230 Seiten. Ein Inhaltsverzeichnis erleichtert für jetzt und später das sofortige Finden des Gewünschten. Einige wirkungsvolle Bilder, die bereits in „Steinarbeiter“ des Vorjahres verwendet wurden, hat das Jahrbuch geschickt übernommen, wodurch der betreffende Text eine lebhaftere Nuance erhält. Mehrere graphische Darstellungen, von denen wir nur einige hervorheben, wie

Das unheimliche Ansteigen der Arbeitslosigkeit von 1925 bis Jahresluß 1930,

Das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Krankheit, Mitgliederbewegung von 1921 bis 1930,

Anteil der Unterstützungen an den Gesamtausgaben der Hauptkasse,

ergänzen wirkungsvoll und instruktiv die schriftlichen Darlegungen, die sich in knappen Zügen und doch in sehr unterrichtender Weise über alles ausbreiten, was uns als Steinarbeiter und Staatsbürger, als Gewerkschafter und Verbandsmitglieder in der Berichtszeit berührt hat. Die gewerkschaftlichen Jahrbücher sind überhaupt ein getreues Spiegelbild der immer größer werdenden Arbeitsgebiete der Gewerkschaften, ohne etwa den bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Verbandsmitglieder als gewerkschaftliche Hauptaufgabe in den Hintergrund treten zu lassen. Infolgedessen nimmt auch die Lohnfrage und alles, was damit im Zusammenhang steht, im Jahrbuch unseres Verbandes den breitesten Raum ein; angefangen von der Entwicklung der Stundenlöhne, den Lebenshaltungskosten, die Anlage- und Preispolitik der Unternehmer, Ein- und Ausfuhr, Lohn- und Tarifwesen, Arbeitsnachweise, Betriebsräte, Schlichtungsordnung usw. Umfangreiche Tabellen im Bericht halten zahlenmäßig fest, was in den einzelnen dazu gehörenden Kommentaren noch des näheren dargelegt wird.

Die Auswirkung der Wirtschaftskrise ist für unsere Kollegen in der Natursteinindustrie und im Steingewerbe im Jahre 1930 außerordentlich hart gewesen und ist es heute noch. Deshalb ist es nur zu gut begrifflich, daß auch die Verbandsmitgliederzahl sich verringert hat und am Jahresluß 1930 noch 56 635 aufwies, wovon 42 134 auf die Steinindustrie und 14 501 auf das Steingewerbe entfallen. Eine interessante tabellarisch-graphische Darstellung im Jahrbuch zeigt das Auf und Ab in der Mitgliederbewegung in den zurückliegenden zehn Jahren.

Die finanzielle Entwicklung ist ebenfalls sehr übersichtlich erläutert. Der Bericht sagt dazu: „Die Kassenverhältnisse des Verbandes lassen sich wegen der verschiedenartigen Inflationswerte erst nach der Stabilisierung der Währung vom Jahre 1924 ab verfolgen.“

Das Hauptkassenvermögen betrug:

Ende des Jahres	Insgesamt		Pro Mitglied		Prozent
	Mark bzw. Reichsmark	Vorkriegswert Mark	Mark bzw. Reichsmark	Vorkriegswert Mark	
1913	873 896,22	873 896,22	28,13	28,13	100,0
1923	15 060,87	9 036,52	0,32	0,19	0,7
1924	328 927,11	197 356,27	7,38	4,43	15,0
1925	596 216,57	357 729,94	11,13	6,68	23,7
1926	896 093,08	537 655,85	16,14	9,66	34,3
1927	1 699 412,44	1 019 647,46	28,33	17,00	60,4
1928	1 933 491,67	1 160 093,08	28,42	17,05	60,6
1929	2 587 685,46	1 552 611,28	36,78	22,07	78,4
1930	2 717 841,39	1 630 704,83	47,98	28,78	102,3

Trotz der ungünstigen Verhältnisse der letzten Jahre also eine ständig wachsende Finanzkraft des Verbandes. Die Höhe der Steigerung des Verbandsvermögens pro Mitglied im Jahre 1930 ist zum Teil auf die Streichung langfristiger Restanten zurückzuführen, die am Schluß dieses Jahres wegen Ausstellung der neuen Mitgliedsbücher und Interimsarten vorgenommen werden mußte. Die durchschnittliche Mitgliederzahl sank dadurch von 1929 zu 1930 von 70 357 auf 62 554, also um 11 Prozent, während hierdurch begünstigt das Verbandsvermögen pro Kopf von 38,06 auf 47,98 Mark, nämlich um 26 Prozent stieg. Damit ist auch das Realvermögen der Vorkriegszeit um ein geringes überschritten.

Natürlich kommt der Konjunkturwechsel auch in einer verschiedenartigen Beanspruchung des Unterstützungswezens zum Ausdruck. Während in den drei Jahren 1925, 1926 und 1928 die Ausgaben für Streik- und Gemahregelunterstützung überwiegen, tritt in den Jahren 1927, 1929 und 1930 das umgekehrte Verhältnis hervor. Wie groß die zu lindernde Not im Jahre 1930 war, zeigt das Ansteigen der Rubrik „Sonstige Unterstützungen“, in der neben der Weihnachts-Sonderunterstützung allerdings auch die Invalidenunterstützung für das 4. Quartal 1930 (erstmalige Auszahlung) enthalten ist. Die Weihnachts-Sonderunterstützung in Höhe von 187 009 Mark kam 12 274 Kollegen mit 8980 Frauen und 12 781 Kindern zugute. Der Rückgang der ausbezahlten Erwerbslosenunterstützung ist auf die Aussteuerung vieler Arbeitsloser zurückzuführen, denen es bei der geringen Beschäftigungsmöglichkeit nicht gelang, die erforderlichen vollen Beitragsmarken zum Wiederbezug zu fleben. Im einzelnen ergibt sich die Höhe der verschiedenen Unterstützungsposten in der Zeit von 1924 bis 1930 (7 Jahre) aus folgender Tabelle.

An Unterstützungen aus der Hauptkasse wurden ausgegeben (in vollen Reichsmark): für Reise- (R.), Kranken- (K.), Arbeitslosen- (Arbl.), Streik- (Str.), Gemahregel- (G.), Umzug- (U.), Not-

fall- (N.), Invaliden- (I.), Sterbefall- (Stf.) Unterstützung, Rechtschutz (Rsch.)

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	Zusammen
R.	562	4 761	7 854	6 061	6 644	2 950	1 688	30 520
Kr.	—	159 905	265 188	324 833	278 018	151 965	87 711	1 267 618
Arbl.	—	—	—	—	285 009	552 637	467 058	1 304 704
Str.	84 326	500 910	558 557	129 306	1 038 421	142 120	112 398	2 366 018
G.	2 245	7 411	17 264	10 191	12 369	5 560	27 779	82 819
U.	—	256	70	480	869	340	496	2 491
N.	1 736	4 405	7 303	8 173	7 350	10 625	204 712	244 502
Stf.	—	—	—	—	—	—	48 710	48 710
S.	4 529	7 968	11 030	15 110	17 128	24 605	22 748	105 118
Rsch.	1 033	2 822	4 215	8 818	14 978	12 917	25 589	70 172
Zus.	94 431	688 414	671 461	502 972	1 660 786	903 719	998 689	5 320 472

Bei Beurteilung dieser Ausgaben ist zu beachten, daß das Hauptkassenvermögen am Schluß des Jahres 1923 (nach der Inflation) nur noch 15 061 Mark betrug, daß also neben allen widrigen Umständen ein vollständig neuer finanzieller Wiederaufbau unseres gesamten Unterstützungswezens erfolgen mußte. 1925 konnte die Krankenunterstützung, 1928 die Arbeitslosenunterstützung (beide mit der Reiseunterstützung zur Erwerbslosenunterstützung verbunden) wieder eingeführt werden. Als Schlußstein wurde unserem Unterstützungswezen 1930 die Invalidenunterstützung angefügt.

Das Vorstehende ist nur ein kurzer wörtlicher Auszug aus dem Jahrbuch. Die weiteren Kapitel sind bereits kurz angedeutet, sie möchten wegen der beigefügten Tabellen, die wegen ihres Umfangs hier nicht gut wiedergegeben werden können, von jedem Mitgliede eingehend mit Nutzen gelesen werden.

Den Abschnitt „Jüngere Jugend“ bringen wir im nächsten „Steinarbeiter“ in der Jugendbeilage zum Abdruck. Recht eingehend wird auch der Arbeiterschutz behandelt, er erstreckt sich auf die 2. Verordnung vom 11. Februar 1929 über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufskrankheiten, behandelt die Entschädigung des Senats für Berufskrankheiten, ärztliche Kritik der Staublungen-Verordnung, Krankheit und Sterblichkeit der Verbandsmitglieder und bepricht den Jahresbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft. Unter anderem enthält das Jahrbuch auch einen Bericht des Verbandsrevisors, dann folgen Redaktionsbericht, Gauerichte, Internationales. Abschließend und zusammenfassend sagt dann der Verbandsvorsitzende, Kollege E. W i n d l e r, im Jahrbuch:

„Stellen wir nun Vergleiche mit den Anfangs- und Endverhältnissen des verflossenen Jahrzehnts an, so dürfen dabei die inzwischen eingetretenen Veränderungen nicht unberücksichtigt bleiben. Befand sich die Arbeiterkassen in den ersten Nachkriegsjahren in der Offensive, so wurde sie mit dem Wiedererstarren der Reaktion (auf deren Ursachen hier nicht eingegangen werden kann) und ganz besonders durch die Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre in die Defensive gedrängt. Hatten die Unternehmer in den ersten Nachkriegsjahren „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ ein Interesse am Zustandekommen von allgemein verbindlich erklärten Tarifverträgen, um sie als Schranke gegen weitergehende Forderungen der einzelnen Arbeitergruppen zu benutzen (gegen deren „Konjunkturpolitik“ sie nicht heftig genug wehren konnten), so wandte sich das Blatt, als die Konjunktur nachließ und in den letzten Jahren ein noch nie gefannter Auftragsmangel (dessen Ursachen zur Genüge bekannt sind) eintrat und viele Betriebe ganz oder teilweise zum Stillstand brachte. Dienten den Unternehmern die Reichsarbeitsverträge in Zeiten guter Beschäftigung als Höchstgrenze gegen weitergehende Forderungen der einzelnen Betriebe, prägen sie der Arbeiterkassen (entgegen dem Grundgedanken der Tarifverträge) das Recht ab, den Tarif als Mindestgrenze in Zeiten schlechter Beschäftigung gelten zu lassen. Konjunkturpolitik im üblichen Sinne des Wortes.“

Doch das engstirnige und kurzfristige Verhalten der Unternehmer wird sich rächen. Beeinträchtigt durch die Ungunst der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse kann der Aufstieg der Arbeiterkassen vorübergehend gehemmt werden. Mit um ungestümmer Gewalt wird sie hervordringen, sobald sich das Blatt der Geschichte wieder zu ihren Gunsten wendet. Und dann gilt es Sicherungen zu treffen, die es verhindern, daß mit dem höchsten Gut der Arbeiterkassen — ihrer Arbeitskraft — Schindluder getrieben wird.

Der Zeit des Niederganges wird der Wiederaufstieg folgen. Daß die Arbeiterkassen der Steinindustrie und des Straßenbaues dabei nicht ins Hintertreffen kommt, muß unser aller Aufgabe sein. Es gilt der Unternehmerwillkür nicht nur einen Damm entgegenzusetzen, sondern den Diktaturbestrebungen der Unternehmer ein Ende zu bereiten.

Der Beseitigung der Wirtschaftsdiktatur, der Erringung der Wirtschaftsdemokratie sei nach wie vor unser gewerkschaftlicher Kampf gewidmet. Je enger und geschlossener die Kollegenschaft dem brutalen privatkapitalistischen Unternehmertum gegenübersteht, um so erfolgreicher wird ihr künftiges Wirken sein. Der politischen Befreiung muß die wirtschaftliche Befreiung folgen. Ohne sie keine wirkliche Freiheit. Vereinzelt stehen die Arbeiter nicht nur dem organisierten Unternehmertum, sondern auch dem einzelnen Unternehmer machtlos gegenüber. Erst durch ihre vereinte Kraft bilden sie eine Macht im wirtschaftlichen und politischen Leben. Daher gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen in vereint vorgehenden wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Jede Zerplitterung der Kräfte, jede Sonderbündelei, aber auch jede Nichtbeteiligung am gewerkschaftlichen und politischen Kampfe ist ein Verrat an den Interessen der Arbeiterkassen.

Möge das Studium dieses Jahrbuches dazu beitragen, die stark gelichteten Reihen unserer Kampfgemeinschaft wieder aufzufüllen und sie weit über das bisher erreichte Maß zu erweitern. Dann werden künftige Berichte befriedigendere Ergebnisse zeitigen, als sie jetzt vorliegen. Allen Mitarbeitern in Verwaltungen und Be-

trieben Dank und Anerkennung für ihre hingebungsvolle, opferreiche Tätigkeit, verbunden mit dem Wunsche, sie auch ferner mit uns gemeinsam im Interesse des Verbandes wirken zu sehen. An die gesamte Mitgliedschaft geht erneut der Ruf, in schlechten wie in guten Zeiten zusammenzuhalten zum Besten ihrer selbst und zum Besten der Allgemeinheit.“

Diesem Wunsche wird sich zweifellos jedes aufrichtige Verbandsmitglied anschließen, und bestärkt in dieser Auffassung wird diese Kollegen ganz gewiß das Studium des Verbandsjahrbuches für 1930. Es zeugt von der ernststen aufopfernden Arbeit im gesamten Verbandsangelegenheiten im Betrieb, fortgesetzt in den Zahlstellen, im Bezirk, im Gau und im Hauptvorstand, bei dem die Fäden zusammenlaufen, um im Gesamtinteresse wirken zu können gegen alle Widerstände.

Der Versand des Jahrbuches wird in allernächster Zeit beginnen, fordere daher jeder das Buch von der örtlichen Zahlstellenverwaltung zum Lesen und gebe es dann an interessierte Kollegen weiter, denn mit Rücksicht auf die Kosten entspricht die Gesamtaufgabe nicht der Gesamtmittelbezahl. Aber jeder Zahlstelle werden dennoch genügend Exemplare übermittelt.

### Wochen-Rückblick

Die Vorkommnisse in der verflossenen Woche auf dem deutschen Geldmarkt, die sehr große Unruhe im In- und auch im Auslande hervorgerufen haben, können hier nicht unbesprochen bleiben, obgleich sie unseren Lesern nicht unbekannt und teilweise sogar durch die weitere Entwicklung überholt sind.

Die Versuche des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Luther, Auslandskredite nach Deutschland zu ziehen, hatten beinahe den erhofften Erfolg. Deutschland sollte sich nach Auffassung der maßgebenden ausländischen Finanziers und ihrer Regierungen selbst helfen und vor allem versuchen, die deutsche Kapitalflucht abzustoppen und im übrigen strenge Sparmaßnahmen zu ergreifen. Würden dann Auslandskredite zu erreichen sein — so hieß es am Anfang der vorigen Woche. Eingeweihten war aber durchaus nicht unbekannt, daß es im deutschen Bankwesen schon seit Wochen triefelte. Bekannt ist, daß viele kleine Bankgeschäfte bereits im Laufe der letzten 15 Jahre zusammengebrochen sind; namentlich die auf dem Nullenglanz der Inflation emporgebliebenen Geldgeschäfte sind im Sturm der Deflation niedergeboren worden. Das war eine große, die im deutschen Wirtschaftsleben sehr stark verurteilt ist, ganz plötzlich zusammenknickt, ist bei dem soliden Aufbau der Großbanken noch nicht dagewesen und zieht Blasen, die, wie wir gesehen haben, die schlimmsten Auswirkungen haben können. Nun kamen im Zusammenhang mit diesem Danat-Bankrott und anderen Vorgängen schnelle zwangsläufige Maßnahmen wie: Die Schließung der Börse, der Sturm (Rum) auf die Banken und Sparkassen, die Einführung von Bankferien durch eine Notverordnung der Reichsregierung, die Schließung sämtlicher Bankgeschäfte, Sparkassen, Postsparkassen für einige Tage, die Nichtnotierung der deutschen Mark im Auslande, Erhöhung der Diskontsätze, scharfe Devisenkontrolle, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, Senkung der Golddeckung des deutschen Notenumlaufs unter 40 Prozent und anderes mehr.

Es wirkte gewiß beruhigend, daß die Reichsregierung sofort die Depots und Einlagen der Danatbank sicherstellte; aber wenn einmal eine Panik ausgebrochen ist, ebbt sie nicht sofort wieder ab. Diese Paniktage gaben gute Gelegenheiten festzustellen, wie gering die einfachsten Kenntnisse des Wirtschaftslebens im Volke verbreitet sind. Viele glaubten, daß eine Inflation komme. In Wirklichkeit war es das gerade Gegenteil davon. Es ist nicht zuviel Geld da, sondern zuwenig. Der Notenumlauf in Deutschland beträgt 4 bis 5 Milliarden Mark. Wenn nun sämtliche Sparkasseneinlagen in Höhe von 11 Milliarden Mark mit einmal zur Auszahlung gebracht werden sollten samt den Einlagen bei den Banken, dann reicht der gegenwärtige Geldumlauf noch nicht zu einem Viertel dieser Summe. Das alles wurde in Zeitungsartikeln und Rundfunkvorträgen allgemein verbreitet, dennoch gelang es gewissen Kreisen von äußerst rechts und links durch unverantwortliche, unwahre, dumme und demagogische Behauptungen hier und dort die Panikstimmung aufrechtzuerhalten.

Die Zuspitzung dieser Finanzverhältnisse in Deutschland und ihre Auswirkungen auf den ausländischen Geldmarkt haben dann verhältnismäßig schnell bewirkt, daß am Ende der verflossenen Woche in erster Linie die Regierungen Englands, Frankreichs und Amerikas durch gemeinsames Handeln versuchen, Deutschland einen Kredit von 2 Milliarden Mark zu verschaffen. Gemeinsame Beratungen in Paris und in London unter Hinzuziehung der deutschen Regierung haben dann die Verständigung gebracht. Beim Abschluß des „Steinarbeiter“ war darüber näheres noch nicht bekannt.

Die Gewerkschaften stehen mitten in dem Wirbel dieser Verhältnisse, deshalb war es sehr zu begrüßen, daß der DGB. den Bundesausfluß am 16. Juli zusammenrief, um sich mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage zu befassen. Nach einem ausführlichen Referat von Leipzig und einer ausgiebigen Debatte wurde der Bundesvorstand beauftragt, mit aller Entschiedenheit seinen Einfluß auf die Reichsregierung auch weiter dahin geltend zu machen, daß sie ihre Zusicherungen bestimmter Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni einhält, daß sie bei Anleiherendierungen etwaige Prestigerückkäufe den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes unterordnet und den Bestrebungen der rechtsradikalen

Parteien mit weit größerem Nachdruck entgegen tritt als bisher.

In seinem Referat ging Leipart einleitend auf die politischen Ereignisse seit der letzten Bundesausschussung am 20. Juni ein. Er schilderte insbesondere die bedeutsame Rolle, die gewisse politische Forderungen des Auslandes bei den bisher ergebnislosen Anleiheverhandlungen gespielt haben. Forderungen, deren Erfüllung bekanntlich zuerst von englischer Seite der deutschen Regierung nahegelegt wurde. Offiziell seien diese Forderungen allerdings bisher der Reichsregierung nicht übermittelt worden. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften heute vor allem zwei Forderungen an die Reichsregierung zu richten haben:

Erstens, alles zu tun, um eine Verhandlungsgrundlage für eine Verständigung mit Frankreich zu schaffen, zweitens aber, sich endlich zu energiegelassen Maßnahmen gegen das unverantwortliche Vorgehen der Rechtsradikalen in Deutschland zu entschließen.

# Preußens Steinarbeiter im Spiegel des Gewerbeaufsichtsberichts im Jahre 1930

Im Artikel in Nr. 29 wurde über Unfälle berichtet. Wir wenden uns nunmehr den

## Unfallverhütungsmassnahmen

zu, die in Steinbrüchen ergriffen werden müssen, wobei wir zugleich die als vorbeugende Massnahmen zu bewertenden einschlägigen Beiträgen mit erörtern.

Auffschlußreich dürfte die Mitteilung der Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Aachen sein, daß die Kammer Sprengungen die entsprechenden Erwartungen der Steinbrucharbeiter nur in beschränktem Maße erfüllt haben. In einigen Fällen entsprach dort die Ergiebigkeit der Sprengungen nicht den hohen Kosten. Zwei größere Steinbrüche lehrten deshalb wieder zu dem früheren Verfahren, dem Abtun von Einzelschüssen zurück.

Daß tatsächlich Arbeiter mit einer mitunter schier unbegreiflichen Fahrlässigkeit ihr und ihrer Berufsgenossen Leben aufs Spiel setzen, geht aus dem Bericht der Königsberger Gewerbeaufsichtsbehörde hervor. Diese beantragte nämlich gegen einen Arbeiter einer Kalksandsteinfabrik, der trotz wiederholten Verbots nach Arbeitschluss den Bremsberg hinunterfuhr und sich dabei eine Fußverletzung zuzog, durch die Berufsgenossenschaft die Bestrafung beim Versicherungsamt gemäß § 81 der Reichsversicherungsordnung. In Hinsicht auf das Ansehen ist bemerkenswert die Mitteilung der Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Merseburg. Dort hatten mehrfach beim Abtun schwer bzw. tödlich Verunglückte die zur Verfügung stehenden Rettungsgürtel nicht angelegt. Die Nichtbenutzung der Rettungsgürtel, heißt es dann weiter in dem Bericht, ist übrigens zum Teil wohl auf das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber der Haltbarkeit der Karabinerhaken und -ringe der Gürtel zurückzuführen; bei der Benutzung der Gürtel sind mehrfach Karabinerhaken und -ringe an den scharfen Biegungen gebrochen, ohne daß sich hierbei allerdings ein Unfall ereignete. Die Werksleitung hat jetzt eine regelmäßige Nachprüfung der Gürtel durch die Werksfeuerwehr angeordnet, die zunächst einen erheblichen Teil der Gürtel wegen Anbruchs der Haken verwarf. Die Untersuchung des Werkstoffes der Haken in der Prüfungsanstalt des Betriebes ergab, daß alle Haken und Ringe aus kohlenstoffarmem und phosphorhaltigem Eisen hergestellt worden waren. Da die dem Werk bekannten Lieferfirmen Haken und Ringe aus anderem Werkstoff nicht führen, so wurden alle Ringe und Haken an sämtlichen Sicherheitsgürteln durch solche aus eigens bestelltem S.-M.-Stahl von Krupp in Essen hergestellt, ersetzt. Der Handelsminister hat die Angelegenheit dem Kettenausschuß des Vereins deutscher Ingenieure überwiefen.

Die Koblenzer Behörde behandelt in ihrem Bericht die zufriedenstellende Lösung, welche die Provinzialverwaltung der Rheinprovinz in der neu errichteten Anlage eines Schotter- und Splittwerkes in der Frage der Staubbelästigung der Arbeiter des Betriebes erzielt hat. Der abgefaugte Staub wird in Zyklonen oder Filteranlagen niedergeschlagen. Im Regierungsbezirk Arnberg hat laut Angabe des Gewerbeaufsichtsberichts der Betriebsleiter eines Steinbruchs eine Vorrichtung geschaffen, die die auf einem Bremsberg laufenden Förderwagen beim Bruch der Ketten sicher zum Stillstand bringt. Die neuartige Fangvorrichtung besteht aus zwei an Hebeln drehbaren Baden, zwischen denen die Förderfette läuft, und einem Sperrhaken, gegen den eine Feder drückt. Sobald an irgendeiner Stelle die Kette reißt und damit der Wagen abzulaufen beginnt, setzt die Bremsvorrichtung der Baden ein und die Sperrklinke wird durch die Feder in ein Glied der Förderfette gedrückt.

Die Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Liegnitz verbreitet sich gleichfalls ausführlich über die

## Beseitigung der Staubbelästigung in Schotterwerken

der besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Ein großes Basaltwerk hat dort die Feinsplittanlage mit einer recht kostspieligen Staubabfugung versehen. Ein kräftiger Ventilator saugt den Staub aus den Splittbrechern, Siebtrommeln und den Arbeitsräumen ab und drückt das Staubluftgemisch durch Stofffilter. Die Einrichtung arbeitet noch nicht zufriedenstellend, da sich die Stofffilter trotz der vorhandenen Abblösvorrichtungen schnell verstopfen. Es sollen daher jetzt Versuche mit Metallfiltern angestellt werden. In einem anderen Basalt- und Splittwerk waren ebenfalls erhebliche Schwierigkeiten beim Niederschlagen der großen Staubmengen aufgetreten. Nach verschiedenen Versuchen ist es endlich gelungen, den Staub nahezu restlos abzuschneiden. Der aus dem

Es ist heute üblich, in der Presse, sogar in der den Gewerkschaften keineswegs unfreundlich gesinnten Tagespresse von der „Macht der Gewerkschaften“ zu reden. Daß diese Einschätzung nicht den Tatsachen entspricht, wird sich sehr schnell zeigen, wenn die Rechtsradikalen nicht nur in Worten, sondern mit der Tat den Versuch machen würden, einen Umsturz herbeizuführen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls für jede Situation gerüstet sein.

Bei dem Sturm auf die Banken ist selbstverständlich auch die Arbeiterbank, und gerade sie, in Mitleidenschaft gezogen worden. Sie hat nicht nur, wie alle Banken, den Ansturm auf ihre Sparkasse über sich ergehen lassen müssen, sondern die Kommunisten haben die willkommene Gelegenheit benützt, ihre Hege gegen die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe auch gegen die Arbeiterbank zu betreiben.

Die Arbeiterbank hat das Vertrauen, das sie sich in den abgelaufenen Jahren erworben hat, glänzend gerechtfertigt. Sie hat am letzten Montag voll ausgeschüttet, während andere Banken und die Sparkassen zumeist nur geringe Teilbeträge auszahlten.

Auch heute wäre sie durchaus in der Lage gewesen, weiterhin Auszahlungen in erheblichem Umfang durchzuführen, ohne ihre Liquidität zu gefährden, aber sie ist jetzt selbstverständlich ebenso an die Vorschriften der neuen Verordnungen gebunden wie die anderen Banken.

In dem Garantiepfandrat der deutschen Industrie, dessen Freiwilligkeit bekanntlich nur durch Verordnungszwang gesichert werden konnte, ist die Arbeiterbank in dem Ausmaß, der für die Verteilung der Kredite maßgebend ist, nicht vertreten, obwohl gerade die Leitung der Arbeiterbank besonders berufen wäre, bei einer objektiven und zweckentsprechenden Kreditverteilung mitzuwirken.

Die Arbeiterbank ist bisher auch ebenso wenig wie die anderen Arbeitnehmerbanken in Deutschland zu den Verhandlungen zugezogen worden, die die Regierung in der letzten Zeit mit den anderen Banken geführt hat. Die Arbeitnehmerbanken werden gemeinsam vorgehen, um diese, im volkswirtschaftlichen Interesse sehr bedeutende Ausschaltung der gemeinnützigen Banken zu beseitigen.

Staubluftgemisch im Zyklon nicht abgetrennte Staub wird in einen großen Rahmabscheideraum geleitet, in dem er durch 20 am Boden angebrachte und nach oben gerichtete Wasserbüsen eingenebelt wird; in einem weiteren, mit zahlreichen Presswänden versehenen Raum wird er dann durch Richtungsänderung und Verminderung der Strömungsgeschwindigkeit nahezu vollständig niedergeschlagen.

Einen besonders breiten Raum in den Berichten der Gewerbeaufsichtsämter nehmen leider immer noch die Feststellungen von

## Zu widerhandlungen gegen das Sprengstoffgesetz

ein. So meldet die Königsberger Behörde von einem Strafverfahren gegen einen Mann, der wegen unberechtigter Inbesitznahme und Abgabe von Sprengstoff zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt wurde. Das ebendort gegen einen Unternehmer, der Sprengstoff an Unbefugte abgegeben hatte, geführte Strafverfahren war noch im Gange, jedoch wurde dem Betroffenen sofort der Sprengstoffbesitz entzogen. In den Regierungsbezirken Allenstein und Gumbinnen wurde zwei Besitzern von Sprengstoffbesitzscheinen der Schein entzogen bzw. nicht erneuert, weil der eine einen Verlager unvorschriftsmäßig entfernt hatte, wobei er selbst verunglückte, und der andere wiederholt Sprengstoffe an Unbefugte abgegeben hatte, wodurch ebenfalls ein schwerer Sprengunfall verursacht worden war.

Der Vorstand der Gewerbeaufsichtsbehörde für Westpreußen hatte zur Vermeidung der Unfälle beim Umgeben mit Sprengstoffen in Elbing einen dreitägigen, von 39 Personen aus verschiedenen Berufen besuchten Sprenglehrgang in Gemeinschaft mit einem technischen Aufsichtsbeamten der Steinbruchs- und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft veranstaltet. Hierbei war jedem Teilnehmer, außer der Teilnahme an theoretischen Unterricht, Gelegenheit geboten, sich beim Sprengen von Findlingssteinen und Stubben praktisch zu betätigen. Die Potsdamer Gewerbeaufsichtsbehörde meldet folgenden Fall, den sie als Beweis dafür anführt, daß bei der Beseitigung von Sprengstoffen nicht sorgfältig genug vorgegangen werden kann: Vor ungefähr zehn Jahren hatte ein jetzt nicht mehr tätiger Sprengmeister auf Grund eines Sprengstoffbesitzscheines Sprengstoffe zum Sprengen bezogen und nach Beendigung der Arbeiten die übriggebliebenen Sprengkapseln in einen Wielengraben verlegt. Im letzten Jahre wurden sie dort zufällig von einem 16jährigen Lehrling aufgefunden. Beim Hantieren explodierten mehrere Kapseln und verletzten den Jungen tödlich. Ebenfalls zu Tode kam ein selbständiger Unternehmer im Bezirk der Gewerbeaufsichtsbehörde Stettin-Stralsund bei der Ausführung von Sprengarbeiten durch vorzeitiges Losgehen eines Schusses. Er hatte alte Zündschnur benutzt, die sich in einem außerordentlich schlechten Zustande befand und stellenweise lange gelbe Flecke zeigte, die bei einem versuchsweisen Abbrennen vom Feuer regelmäßig überprüngen wurden. Auf diese Weise ist das vorzeitige Losgehen des Schusses zu erklären.

Die Gewerbeaufsichtsbehörde Breslau stellt als Grundsatz fest, daß es außer Zweifel stehe, daß durch bessere Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften und durch Gebrauch vorhandener Sicherheitsvorrichtungen viele Unfälle hätten verhütet werden können. Leider liegen es aber Betriebsunternehmer und Arbeiter noch oft an der nötigen Bereitwilligkeit dazu fehlen! Ueber die Einstellung bei manchen Arbeitgebern äußert sich ebenso zutreffend wie eindeutig der Bericht der Gewerbeaufsichtsbehörde der Provinz Ober- und Niederschlesien wie folgt: In den kleinen Betrieben bedürfen Belichtung, Entlüftung und Ordnung in den Arbeitsräumen und der Zustand der sonstigen hygienischen Einrichtungen teilweise noch vieler Verbesserungen. Aus dem Verhalten vieler Besitzer kleinerer Betriebe war zu erkennen, daß sie den Wert gesunder Arbeitsräume und hygienischer Einrichtungen nicht zu schätzen wissen. Die Arbeitgeber sehen insbesondere in der jetzigen wirtschaftlichen Notlage die Ausgaben für derartige Zwecke als unproduktiv an, trotzdem die Anforderungen unter Würdigung der Gesundheitslage schon auf ein Mindestmaß beschränkt wurden. Leider lassen aber auch viele Arbeitnehmer das Verständnis für eine gute Instandhaltung der hygienischen Einrichtungen, zum Beispiel der Abort-, Wasch- und Umkleideanlagen, vermissen. Auch die Betriebsräte klagten bei den Besichtigungen öfter über die Schwierigkeiten, die Besatzung in dieser Hinsicht zur Ordnung zu erziehen und die ständig dagegen Verstoßenden festzustellen und zu überführen. Dieses Verhalten erschwerte es den Gewerbeberatern auch, Anregungen zu Verbesserungen zu geben, die über das Mindestmaß hinausgehen.

Um die Betriebsleiter, Bruchausseher und Schießmeister der einschlägigen Industrien in der Sprengtechnik fortzubilden, hat in

Doppeln, Groß-Strehly und Gogolin die Steinbruchsberufsgenossenschaft gemeinsam mit dem Gewerbeamt dreitägige Schießmeisterkurse abgehalten. Am ersten Tage der Kurse hielt der Schießmeister einen Vortrag über die gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen über die Sprengarbeit und der technische Aufsichtsbeamte über die Unfallverhütung beim Sprengen und die von der Steinbruchsberufsgenossenschaft dazu erlassenen besonderen Bestimmungen. Am zweiten Kurstag sprach der Vertreter einer Sprengstofffabrik über Spreng- und Zündmittel aller Art, unter besonderer Berücksichtigung der elektrischen Zündung, einschließlich der Zündung durch Starkstrom. Im Anschluß daran unterrichtete der Vertreter der Sprengstoffverkaufsgesellschaft über die verschiedenen Sprengverfahren, über gewöhnliche Einzelsprengschüsse, Kesselschüsse, Löffelschüsse und Kammer Sprengungen. Am dritten Tage fanden praktische Übungen statt. Hierbei mußten die Kursteilnehmer an Hand der vorhandenen Einrichtungen in einem großen Bruch über die Anlegung und Instandhaltung der Sprengstofflager und die Führung der notwendigen Bücher berichten, Sprengmittel entnehmen, befördern und in einzelnen Gruppen Schüsse besetzen und abtun. Den Abschluß bildete eine Besprechung der Übungen und aller etwa noch offenen Fragen. Insgesamt haben 92 Schießmeister, Ausseher und Betriebsleiter an den Kursen teilgenommen.

Die Gewerbeaufsichtsbehörde des Regierungsbezirks Merseburg berichtet, daß aus einem größeren, mit einem Steinbruch verbundenen Kalkwerk ein Arbeiter des Nachbarbruchs in erheblichem Umfange Ammonititpulver verwendet hat. Wie dies ohne Mitwirkung von Arbeitern des betroffenen Betriebes möglich war, hat sich nicht genau feststellen lassen. Nach Zeugenaussagen sind die Sprengstoffe im Rudack in den Nachbarbruch geschafft worden, wofür nur mit Schwarzpulver geprengt wurde. Der gestohlene Sprengstoff sollte zur Verbesserung der Affordverbienste dienen. Der Hauptschuldige wurde wegen Vergehens gegen § 9 des Reichsgesetzes über den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (RGBl. S. 61) mit drei Monaten Gefängnis bestraft. Der Besitzer des fraglichen Bruches will nichts davon gewußt haben, daß bei ihm Ammonitit verwendet wurde.

Die Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Münster sah sich laut ihrem Berichte veranlaßt, dem Inhaber eines Steinbruchs den Sprengstoffbesitzscheinen wegen Unzuverlässigkeit zu entziehen, da er die Sprengstoffe seinem Sohne zur Aufbewahrung übergeben hatte. Die Münsterer Gewerbeaufsichtsbehörde untersagte wegen Gefährdung der Anlieger die Anwendung brisanter Sprengstoffe in einem Steinbruch. Die Gewerbeaufsichtsbehörde in Koblenz hingegen wandte der unfaß- und diebstahlsicheren Lagerung und einwandfreien Verwendung von Sprengstoffen besondere Aufmerksamkeit zu. Weberholte mußte dabei die unzulängliche Verwahrung der Schüsse in den Lagern und die Mangelhaftigkeit der Türschlösser beanstandet werden. Ein Schießmeister, der Sprengstoffe in einer Scheune neben seinem Wohnhaus gelagert hatte, erhielt unter Zuhilfenahme einer Bewährungsfrist eine Gefängnisstrafe von drei Monaten; der Schießschein wurde ihm entzogen. Zu der gleichen Strafe wurde ein anderer Schießmeister verurteilt, der unter Fälschung des Lagerbuchs drei Sprengkapseln entwendet hatte, aus denen er nach Verbindung mit einer kurzen Zündschnur Handgranaten angefertigt hatte, die er angeblich zum Verschleichen von Einbrechern benutzen wollte. Wegen Unzuverlässigkeit der Inhaber wurden vier weitere Sprengstoffbesitzscheine zurückgezogen. Acht Anträge auf Ausstellung von Schießscheinen wurden abgelehnt, in zwei Fällen wegen Unzuverlässigkeit der Antragsteller und in den übrigen, weil ein Bedürfnis nicht anerkannt werden konnte.

Auffschlußreich sind auch die Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Trier. Mit Rücksicht auf den großen Umfang der Sprengarbeiten im Bezirk wurde ihrer Überwachung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In mehreren Fällen wurde die Aufbewahrung von Sprengpatronen oder Sprengkapseln in Aufenthaltsräumen oder Wohnungen festgestellt; derartige Verstöße hatten die Entziehung des Sprengstoffbesitzscheines zur Folge. Bei einem Straßenbau wurden zwei ungenehmigte Sprengstofflager benutzt, die den Vorschriften nicht entsprachen. Gegen den Unternehmer ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Die Gewerbeaufsichtsbehörde der kleinen preussischen Enklave Sigmaringen im Württembergischen entzog einem Steinbruchsunternehmer den Sprengstoffbesitzschein wegen verbotswidriger Lagerung von Sprengstoffen.

(Ein Schlusssatz folgt noch.)

# Tilman Riemenschneider

dem Meister und Rebellen des Bauernkrieges zum 400. Todestag

Der 400. Todestag des großen fränkischen Bildhauers und Holzschneiders Tilman Riemenschneider hat in diesem Jahre verschiedenenorts das geistige und künstlerische Deutschland zur Veranstaltung repräsentativer Ausstellungen und Festveranstaltungen auf den Plan gerufen. So in Hannover und vor allem in Würzburg, der sonnigen Weinstadt am Main, die Riemenschneider zu seiner Wahlheimat und zur Arbeitsstätte erwählt hatte. Berlin, das in dem neugeordneten Deutschen Museum eine Reihe seiner schönsten Holzschneidwerke besitzt (es sei nur auf die vom ergriffenen Charaktergestalten der sitzenden Evangelisten verwiesen), hat sich mit einer Ausstellung von Photographien nach den Werken Riemenschneiders, die dem Staatlichen Bildarchiv entstammen und in der Kunstgewerbebibliothek gezeigt werden, angeschlossen.

Riemenschneider teilte jahrhundertlang das tragische Schicksal so vieler deutscher Kunstrepräsentanten, nämlich unbekannt in Kirchengen und Museen begraben zu sein. Nur wenigen Menschen war sein Name und sein unverfälschtes Werk zum seelischen Besitztum geworden. Erst die Zeit der Romantik, jene für die Kunst und Wissenschaft so glückhafte Epoche im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts, hob ihn, den schlichten Mann, dessen Herz für die Armen und Bedrückten, für die Einfachen und Keinen schlug, aus der Vergessenheit. Dem Würzburger Forscher K. G. Scharold gebührt das zu dankende Verdienst der Neuentdeckung. Nachdem Scharold im Archiv des Historischen Vereins für Unterfranken 1840 seine Stimme erhob, um ihn dem deutschen Volke ins Gedächtnis zu rufen, sind diesen Bemühungen nach Deutung seiner Werke, nach Nachforschung seiner Persönlichkeit viele deutsche Kunstgelehrte gefolgt. (Aus der jüngsten Zeit sei nur an Dr. Justus Bier erinnert, der mit seiner monumentalen Veröffentlichung „T. Riemenschneider“, zwei Bände, bei Benno Fisser, Augsburg, eine in jeder Beziehung würdige Weihegabe für Deutschlands größtes plastisches Temperament geschaffen hat.)

Mit besonderer Absicht ist einleitend auf diese Bemühungen hingewiesen worden, denn ohne die sichtende, deutende und quellen-

geschichtliche Vorarbeit dieser Kunstgelehrten, von denen wir nur zwei der wesentlichsten genannt haben, wäre es heute unmöglich, das gewaltige Werk Riemenschneiders, seine charaktervolle Persönlichkeit und seine Stellung zu den sozialen, geistigen und künstlerischen Kämpfen der damaligen Zeit zu überschauen.

Bevor wir uns der Frage zuwenden, was er eigentlich uns bedeute, deren Beantwortung schon im Hinweis auf seine handwerksmeisterliche Leistung und seine sozialaktive Teilnahme an der großen sozialen Erhebung der deutschen Bauern im 15. und 16. Jahrhundert liegen würde, soll im nachfolgenden kurz die Lebensgeschichte des Meisters skizziert werden, wie sie aus den überlieferten amtlichen und geschäftlichen Urkunden, Protokollen, Verträgen mit jetzt fast unbestrittener Wahrscheinlichkeit rekonstruiert werden kann.

Als sein Geburtsort wird Osterode im Harz angenommen, wofür er etwa um 1460 geboren sein muß. Seine Kindheit ist uns unbekannt geblieben. Erst mit seiner Eintragung in die Bürgermatrikel von Würzburg am 7. Dezember 1483 beginnt unser Wissen: „Tilman Riemenschneider von Osterode, malerrecht, haben Heinrich Pfaffenmann und Jörgen Sippmann Bürgermeistern der handwerksleute pflicht mit treuen an edesstatt gelobt am sonntag via cept marie LXXXVIII“. Wenn in dieser uns hinterlassenen Urkunde von einem Malerrecht gesprochen wird, so ist damit nicht etwa Riemenschneiders wirkliche Profession gemeint, denn er ist nie ein Maler gewesen. Bildhauer und Bildschneider, denn als ein solcher ist Riemenschneider 1483 als Geselle in eine Werkstatt eingetretten, hatten keine eigene Zunftorganisation. Die rechtliche Wahrnehmung ihrer Interessen war den Zünften der Maler und Glaser übertragen worden. In diesen waren nun nicht höhere oder niedrigere Bewertungen der beruflichen Leistungen ausschlaggebend, sondern nur das Handwerkzeug unterschied die Bildhauer von den anderen Professionen. Auch Riemenschneiders Kunst galt als ein Handwerk, das gelernt werden mußte, und das Riemenschneider zu einer Meisterschaft ausbildete, die sich Weltgeltung eroberte.

Schon fünf Vierteljahre nach seinem Eintritt in eine uns unbekannt gebliebene Werkstatt heiratete er die begüterte Witwe eines Goldschmiedes, es kam damit Geld ins Haus und Riemenschneider war in den Stand gesetzt, sich nunmehr selbständig zu machen. Er wurde Meister und am 18. Februar 1485 wurde ihm ex gratia — kostenlos — das Bürgerrecht der Stadt Würzburg verliehen.

Mit dieser gesellschaftlichen Einordnung und beruflichen Stabilisierung beginnen Riemenschneiders künstlerische Erfolge. Bedeutende Aufträge, auch von entfernten Orten, wurden ihm übertragen. So entstehen seiner meisterlichen Hand, seinem künstlerischen Ethos und seiner beeindruckenden Menschlichkeit in der Folgezeit die köstlichsten Schnitzwerke des Hochaltars für den Chor der Pfarrkirche zu Minderstadt am Fuße der Rhön (1491 bis 1492), der leider als Ganzes nicht mehr erhalten ist, der heilige Blutaltar in Rothenburg o. T. (1501 bis 1505), in bemaltem Linden- und Föhrenholz, der Marienaltar in der Herrgottskapelle zu Crellingen, Riemenschneiders schönstes Werk! Steinplastiken besitzen wir in der Mutter Gottes im Neumünster zu Würzburg, in Adam und Eva, den ersten nordischen Skulpturen nader Menschen, dem Denkmal Lorenz von Bibra im Würzburger Dom, mit einem schon renaissancemäßig gearbeiteten Rahmen u. v. a., Teilstücke, Einzelfiguren, Gruppen in Holz und Stein bergen heute der Bamberger Dom, die Museen in Wien, Stuttgart, Nürnberg, Berlin, München, Frankfurt a. M.

Aber nicht nur Würzburg, und die Gemeinden der näheren Umgebung weiterferteten, die künstlerische Meisterschaft Riemenschneiders zu gewinnen; sein Ruhm lief durch das ganze Mainfranken, durch das Taubertal, bis nach Nordschwaben und Thüringen. Allzu gern hätte er sich auch Nürnberg als Auftraggeberin erobert. Der Versuch, mit einer von ihm gearbeiteten Kiliansbüste, die als Muster zu einer silbernen Büste gedacht war, Erfolg zu haben, mißglückte. Der Nürnberger Goldschmied, der allem Anschein nach das Werk zu begutachten hatte, schlug ihm vor, „ein anderes Gesicht zu machen“, denn „das Antlitz sey zu kyndlich“. Was den Nürnbergern zu „kyndlich“ war, war den Mainfranken lebensnatürlicher Ausdruck.

Riemenschneiders künstlerische Heimat ist am Rhein, in Schwaben zu suchen. Niederdeutsches ist in seinen Werken nicht zu finden. Es ist auch immerhin möglich, daß Osterode, das nach der oben mitgeteilten Bürgermatrikel seine Geburtsheimat sein soll, nicht die Bedeutung seines Geburtsortes, sondern nur einer gelegentlichen

## Verbandsversammlung und Verbandsblatt

Verbearbeit für den Verband wie Bildungsarbeit am gewerkschaftlichen Gedanken werden geleistet durch Wort und Schrift. Das heißt, im großen gesehen, vor allem und in regelmäßiger Weise durch die Verbandsversammlung und das Verbandsblatt. Aber wie im ganzen Wirtschaftsleben unserer Zeit, so ist auch hier der stärkste Erfolg nur durch ein Zusammenwirken dieser Verbands- und Bildungsarbeit zu erreichen. Das geschieht bekanntlich bereits im Verbandsblatt. Doch ist das Zusammenwirken noch schlecht entwickelt, insofern in der Verbandsversammlung noch zu wenig das Verbandsblatt berücksichtigt wird.

Das Verbandsblatt bietet dem Gewerkschafter das wesentliche Rüstzeug zum gewerkschaftlichen Kampfe, und damit auch das wesentliche Rüstzeug für das persönlich aufklärende Wort. Das wirtschaftliche Wissen, das in einem Referat vorgetragen wird, entstammt so oft dem Verbandsblatt. Würde da das persönliche Wort nicht eine ganz andere, viel lebendigere Wirkung haben, wenn der Referent sein Verbandsblatt erwähnt und das Verbandsblatt entfaltet und entscheidende, interessante Stellen aus dem Verbandsblatte vorliest?

Das Auge hat eine ungeheure Bedeutung für unser Gedächtnis. Nicht umsonst suchen wir heute durch Bilder, durch graphische Darstellungen lebendig zu machen, was gesagt werden soll. Auch die Gesten des Redners sind ja nichts als Unterstreichungen seiner Worte, und so sehr hierbei Uebertreibungen auch zu vermeiden sind, in gewissem Maße verlangt das Auge auch seine Befriedigung von dem Sprechenden.

In diesem Sinne bedeutet es eine Lebendigmachung des Wortes, wenn der Redner an einer interessanten Stelle aus dem Blatte selber das Wissen in die Versammlung trägt. Da steht dann ein Stück Leben vor den Hörern. Da sehen sie das Wort in Gestalt. Und Menschen drängen nach etwas, das sie fassen können, damit sie erfassen. Die starke Wirkung einer bildlichen, plastischen Sprache wie eines Beispiels ist auch nichts weiter als diese Erscheinung des menschlichen Verlangens nach Wirklichkeitsnahe und Umwelt, die zu fassen ist.

Wie so das gewerkschaftliche Wort eine viel stärkere Wirkung hat, wenn es in geeigneter Weise durch das lebendige Organ des Verbandes unterstützt wird, so bedeutet solche Verbindung von Wort und Schrift zugleich auch die Pflege eines engeren Verhältnisses des Verbandsblattes zu den Mitgliedern. Bei solcher Versammlungskultur wird das Blatt dem Hörer nahe gebracht. Er erlebt es. Lebenswärme strömt so von dem Verbandsblatte aus, und mancher, der es bis dahin nur oberflächlich beachtet hat, wird, wenn auch zuerst nur noch unbewußt, etwas fühlen von der Lebensnotwendigkeit des Blattes für ihn selbst. Diese Einheit zwischen Verbandsversammlung und Verbandsblatt muß darum eine Selbstverständlichkeit sein, damit das Blatt so eine selbstverständliche Lektüre für jeden einzelnen wird. Und das ist sie ja noch lange nicht bei allen!

Dr. G. S.

## Eine „Blüte“ spitzfindiger Juristerei

In welcher Weise Rechtsanwälte auch im arbeitsgerichtlichen Verfahren Beweise zu konstruieren versuchen, zeigt folgender Fall: Der Steinmehlehrling L. war im 2. Jahre bei der Firma Sch. auf deren Werkplatz allein beschäftigt. In der Mittagspause benutzte der Lehrling die Gelegenheit, das Auto aus der nebenstehenden Garage nach dem Werkplatz zu fahren. Auf der Rückfahrt passierte ihm das Unglück, daß er an einen an der Mauer stehenden Schrant anfuhr und dadurch einigen Sachschaden anrichtete. Die Folge dieser leichtsinnigen Handlung war striftlose Entlassung.

Die von der Mutter des Lehrlings sowie der Organisation und des Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten vorgenommene Vermittlung auf Juridizidation der Entlassung scheiterte an der Starrköpfigkeit des Unternehmers. Die eingereichte Klage, die die Zurücknahme der Entlassung forderte, hatte Erfolg.

Der Lehrherr gab sich jedoch nicht zufrieden und legte gegen das Urteil Berufung beim Landesarbeitsgericht ein. Die Vertretung hierzu übergab er den Rechtsanwälten M. und D. in Leipzig. In der Berufungsbegründung wärmten diese alle im erstinstanzlichen Verfahren schon vorgebrachten weiteren Entlassungsgründe und Legenden wieder auf, u. a. wurde besonderer Wert darauf gelegt, daß der Lehrling einmal in der freien Zeit auf dem Werkplatz herumliegende Bleirohrabfälle breitgeschlagen hatte. Obwohl der Lehrling diese Stücke liegen ließ, versuchte man eine Entwendung nach § 123 Abs. 2 der Gewerbeordnung zu konstruieren. Des weiteren sollten diese Bleirohrstücke als Waffenerzeugung angesehen werden. Zur Erhärtung dieser Auffassung gaben die Berufungsvertreter in einem Schriftsatz folgendes an:

„Das Arbeitsgericht hat die Umarbeitung von Bleirohrstücken zu Waffen durch den Kläger als harmlose kindliche Spielerei hingestellt, demgegenüber verweise ich auf die Mitteilung in Nr. 126 der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 6. Mai 1931, woraus zu ersehen ist, daß der Maurer Reins, der in Berlin einen Gelbbriefträger ermordete, sich dazu eines Stückes Bleirohr bedient hat, man muß also annehmen, daß der Kläger L.

seine Anschauungen in Kreisen gebildet hat, wo man die Bedeutung solcher Waffen kennt.“

Hierzu sei bemerkt, daß in der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht ausgesagt wurde, daß der Lehrling einem kommunistischen Jugendverband angehört soll. Aus diesen Gründen versuchten die Berufungsvertreter aus kindlicher Spielerei Waffenproduktion herzuleiten. In der Berufungsverhandlung brachte der Rechtsanwalt dieselben Gründe wieder vor und erhärtete diese noch dadurch, daß er den oben erwähnten Artikel in den N.N. auf den Tisch des Hauses niederlegte.

Es war dem Vertreter des Verbandes ein leichtes, diese aufgeblassene Begründung auf das richtige Maß zurückzubringen. Auch das Gericht folgte der Berufungsbegründung nicht, sondern machte einen Vergleichsvorschlag. Um auch dem Lehrling seine Lehrstelle zu erhalten, willigte der Kläger und dessen Vertreter ein.

Die ganze Aufmachung dieses Prozesses zeigt, in welcher Art und Weise Rechtsanwälte als Vertreter des Kapitals die bescheidenen Rechte der Arbeiter illusorisch zu machen versuchen. Nr.

## Ein Zeitdokument

Auf welche Art und Weise Unternehmer den Kollegen die erkämpften Tarifrechte zu rauben versuchen, zeigt folgendes Diktat:

„In Anbetracht der gedrückten Preise erklären sich die Unterzeichneten bereit, die Arbeit bei der Firma Joh. Pech, Oberlausitzer Granitwerke in Rodewitz, zu den nachstehenden Bedingungen aufzunehmen.

1. Ab 1. Juli 1931 erfolgt eine Herabsetzung der bisher gezahlten Löhne um 10 Prozent.
2. Die Unterzeichneten verzichten auf etwaige rückständige Urlaubvergütungen und beanspruchen für die Dauer ihrer Tätigkeit bei der Firma Johann Pech keinen Urlaub mehr bzw. verzichten für die Zukunft auf Zahlung von Urlaubsgeld.
3. Den Steinmehmern wird Boffengeld nicht mehr vergütet. Schlechte Werkstücke mit Boffen werden gleichmäßig auf die Steinmehmer verteilt.
4. Punkt 6 auf Seite 36 des Reichslohntarifvertrages für die deutschen Granitwerke tritt außer Kraft.
5. Punkt 19 Seite 44 des Tarifvertrages für die deutschen Granitwerke wird ebenfalls außer Kraft gesetzt.
6. Die ab 1. Juli 1931 eingestellten Leute werden mit eintägiger Kündigung in das Arbeitsverhältnis aufgenommen.
7. Ist die Firma Johann Pech gezwungen, Aufträge zu noch mehr gedrückten Preisen hereinzunehmen, die auch die Zahlung des jetzt vereinbarten Lohnes nicht zulassen, so ist in freier Vereinbarung der Lohn festzusetzen.
8. Die Unterzeichneten sind mit diesen Vereinbarungen ausdrücklich einverstanden und verzichten von vornherein auf etwaige spätere Nachforderungen.

Rodewitz, den 1. Juli 1931.

Ein Kommentar halten wir zu vorstehendem für überflüssig. Die ganze Aufmachung spricht für sich selbst. Nur wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Rechtswirksamkeit eines solchen Vertrages gleich Null ist. Der Unternehmer scheint nicht im Bilde zu sein, daß nach der allgemeinen Rechtspflege ein Arbeiter nie im voraus auf tarifliche Rechte verzichten kann. Es besteht daher die Möglichkeit, daß selbst dann, wenn sich Arbeiter finden würden, die einen solchen Vertrag anerkennen, sie nachträglich immer noch Rechtsansprüche aus dem Tarifvertrage wirksam geltend machen können. Nr.

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

3. Gau. In Leipzig, Dresden und Chemnitz sind teilweise die Marmorarbeiter ausgepeperrt. Zuzug von Marmorarbeitern nach Sachsen muß unterbleiben!

7. Gau. In Schwarzenbach (Saale) die Firma Morgeneier wegen Mangelgehalt gepeperrt. — In Göttingen ist der Betrieb Hagelauer & Co. (Granitwerk) wegen unberechtigter Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden zu meiden. — In Selb (Oberfr.) bei der Firma Wilsch, Nettsch (Granitwerk) Streik.

8. Gau. In Koburg ist das Steinzeugunternehmen Firma Knöch zu meiden, denn der Tarif wird seit Jahren von den Firmeneinhabern nicht beachtet.

11. Gau. In Lübeck stehen die Steinmehmer im Lohnkampf. —

Schweiz; Steinriecher und Steinpaster! Die Firma Schaller jun. & Cie. in Aspach, Steinbrüche im Delli, Wolfenschießen und Klüelen, sucht durch die deutschen Arbeitsämter beständig Steinriecher. Dadurch, daß die Firma nie Zahlung macht, arbeitet natürlich niemand lange dort und wechseln die Kollegen schnell und oft. Wer deshalb nicht geschädigt sein will, übernehme keine Arbeit bei diesem Unternehmer. — Im Grabsteingeschäft von Pözd in Wil muß ebenfalls jeder Zuzug unterbleiben, dort ist Lohnabbau geplant.

Durchgangsstätte, die er in seinen Wanderjahren passiert hatte, zukommt. Auch eigentlich würzburgisch ist seine künstlerische Eigenheit nicht geworden. Vielmehr scheint sein Stil, der seinen Werken jene innerlich schlichte Frömmigkeit und Lebensnähe gibt, von oberheimischen und schwäbischen Meistern mit bestimmt zu sein, so daß man annehmen darf, daß er bei dem Gotiker Jörg Seybold in d. Ae., dem Schöpfer der Halbfiguren am Chorgerüst des Ulmer Münsters, und auch einige Jahre beim Meister des Blaubeerener Hochaltars, also in einer schwäbischen Werkstatt, gearbeitet hat.

Was uns Riemenschneider so nahe sein läßt, ist die tief ergreifende Realistik seiner Figuren, ganz gleich, ob es dabei um Madonnen, Erzbißhöfe oder Propheten handelt. Das sind keine himmlischen Figuren mehr, die in einer zweifelhaften höheren Welt beheimatet sein sollen, es sind irdische Gestalten, die in der warmen Erde des mainfränkischen Landes wurzeln und dem einfachen Menschen der damaligen Zeit schon näher gestanden haben müssen als die himmlisch verzückten Heiligen und Madonnen, die heldischen und übermenschlichen, von ritterlichen und höfischen Vorbildern beeinflussten Gewalten des hohen Mittelalters. Diese Vermenschlichung, man kann sagen diese Verbürgerlichung der Heiligengestalten, ist ein revolutionärer Zug innerhalb der Riemenschneiderischen Kunst, die trotz der religiösen Motive, die ja aus der geistigen und wirtschaftlichen Struktur der damaligen Zeit zu verstehen sind, in der stummen Sprache der ergreifenden Figuren uns noch heute nachdauerndes Erlebnis sein können. Er war der letzte Meister des ausklingenden Mittelalters, der schon auf der Brücke zur Neuzeit stand. Er ist schon erfüllt von dem Lebensgefühl der Renaissancezeit. Allerdings ist der von ihm geübte Naturalismus oder Realismus als künstlerisches Prinzip mehr von ihm empfunden als bewußt gedacht worden. Nur Einzelheiten der menschlichen Erscheinung kommen bei ihm der Wirklichkeit nahe, während der gesamte Aufbau seiner Plastiken und Schnitzwerke noch in Ueberlieferungen gefangen ist. Aber neue Ziele, neue Ideen, die auch ihre Gegner fanden, bestimmten Riemenschneiders künstlerischen Enthusiasmus. Es war sein Schicksal, sich mit den Forderungen der von Italien ausgehenden Renaissance auseinandersetzen zu müssen. Er wollte ein Mensch des neuen Zeitalters sein und war doch anfangs nicht ganz den

neuen überstürzenden Einflüssen gewachsen. Erst in seinen späteren Arbeiten gelangt es ihm wieder, das Neue in einer vollständig eigenen Weise zu verarbeiten. Künstlerische Strenge, Klarheit und strenge Komposition sind Auszeichnungen seiner Werke.

Das waren die künstlerischen Leistungen Tilman Riemenschneiders, die wir schätzen und lieben. Sie nunmehr seiner öffentlichen Wirklichkeit, seines tapferen Rebellentums zu erinnern, ist unsere besondere Aufgabe.

Riemenschneider hatte nach seiner Niederlassung in Würzburg verhältnismäßig schnell Ansehen und besondere Wertschätzung erlangt. 1504 wurde er vom Kapitel zum Ratsherrn gewählt und bekleidete dann ununterbrochen bis zum Höhepunkte des Bauernkrieges 1525 viele Ehrenämter. Auch gehörte er einige Male dem höheren Rat an und wurde 1520 auf 1521 sogar zum Bürgermeister gewählt. Riemenschneider war in seiner einfachen, rechtschaffenen Art ein standesbewußter Bürger seiner Stadt, die nach Selbstverwaltung und Reichsunmittelbarkeit strebte und somit jahrzehntelang in offener Fehde mit dem widerstrebenden Bischof und den Fürsten lag. Riemenschneider stand in diesem Kampf in erster Reihe. Die Duvertüre seiner revolutionären Tätigkeit bildete sein Kampf um Steuergleichheit. Den Adligen und Geistlichen, denen die Befriedigung ihrer gesteigerten Bedürfnisse Sorgen machten, sollten die erworbenen abgabepflichtigen Liegenschaften von der städtischen Steuer befreit werden. Das rief Riemenschneider auf den Plan. Schon 1510 erreichte er, daß alle geistlichen und adligen Herren ebenfalls Steuern zahlen mußten, was ihm der Bischof wohl nie verziehen haben wird. Als dann aber unter dem Druck der erniedrigenden und rechtlosen Verhältnisse im 15. und 16. Jahrhundert, unter denen die Bauern leben mußten, allerorts, vom Rhein bis nach Kärnten, vom Bodensee bis nach Mitteldeutschland, bäuerliche Erhebungen von elementarer Wucht aufflammten, war den Aufständischen die Sympathie Riemenschneiders sicher. 1525 erhoben sich auch die Bauern Frankens gegen ihre Unterdrücker, und die Stürme des Bauernkrieges, wie man jene sozialen Bewegungen historisch zu benennen pflegt, und die Leopold von Rante als das „größte Natureignis des deutschen Staates“ bezeichnet, machten auch vor den Toren Würzburgs nicht Halt. In 12 „gründlichen und rechten Hauptartikeln aller Bauernschaft und ihren Hinterlassen“ hatten sich die Aufständischen im März 1525 ein Manifest

## Sprengtechnische Neuerungen der letzten Jahre und ihre Bedeutung für die Steinindustrie

In der Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen (Nr. 3 1931) bespricht W. Borchers die sprengtechnischen Neuerungen der letzten Jahre und ihre Bedeutung für die Steinindustrie. Der Verfasser geht dabei von dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und der Unfallsicherheit aus. Für den letzteren Umstand verdienen hervorgehoben zu werden: durch die neuesten Maschinenleistungen in den Steinbrüchen — Kammer-Sprengungen —, die in einem Augenblick große Mengen von Rohmaterial liefern, fallen die über das ganze Jahr verteilten zahlreichen Einzelbohrlöcher mit ihren Gefahren des Ladens, Befahrens und Abtuns und des fortwährenden Säubers der zerstückelten Bruchwand von absturzdrohenden Teilen weg. Der Transport der Massen wird vereinfacht. — Das Hohlraumbohrverfahren „Krustopf“ ermöglicht bei Schußversagern das gefahrlose Herausnehmen des Beschläges. Auch verschiedene Beschläpparate besitzen den eingebauten Beschlag aus Verjägern mittels Präflut. Den Patentbesitz „Kads“ lehnt der Verfasser ab.

Die neue Sprengkapselanwüchse, so führte der Verfasser weiter aus, gewährleistet eine sichere Verbindung der Sprengkapsel mit der Zündschnur. Das Auftauen von gefrorenem Dynamit, das bisweilen nicht ungefährlich war, wird durch elektrisch geheizte Lufttauparate erleichtert.

Es wäre aufschlußreich, wenn zu diesen Feststellungen des wissenschaftlichen Fachmannes aus unserem Leserkreise Verlautbarungen aus eigenen Erfahrungen erfolgten.

## Mehr Schutz den Präflustarbeitern!

Die Gesellschaft für Gewerbehygiene, deren korporatives Mitglied unser Verband ist, hat am 17. März d. J. eine Kommission gebildet zur Behandlung der Frage „Schutzmaßnahmen gegen Schädigungen bei der Arbeit mit Präflutwerkzeugen“. Diese Kommission, der wir ebenfalls angehören, hat am 29. Juni unter Vorsitz des Herrn Ministerialrats Dr.-Ing. K r e m e r vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe ihre Arbeiten aufgenommen. Die Sitzung, die in Bochum stattgefunden, wurde gleichzeitig verbunden mit der Besichtigung der Betriebsanlagen der Firma Flo t t m a n n - H e r n e — eine der hauptsächlichsten Lieferanten dieser Werkzeuge — sowie der Besichtigung anderer Betriebsanlagen, in denen diese Werkzeuge weitgehende Verwendung bei den verschiedenen Arbeitsvorgängen finden. So das Aufbereitungswerk Gr ö p p e l - H e r n e, die Vereinigten Stahlwerke-Bochum und ein Dolomitbruch in Halben. Während bei der Betriebsbesichtigung bei der Firma Flo t t m a n n vor allem die Konstruktion und die technische Entwicklung dieser Werkzeuge in den Vordergrund gestellt wurde, die nach aufgestellter Theorie Gesundheitsgefährdungen für die damit beschäftigten Arbeiter fast völlig ausschließen sollen, konnte bei den übrigen Betrieben die praktische Auswirkung der Tätigkeit mit diesen Werkzeugen beobachtet werden. Fast alle befragten Arbeiter klagten darüber, daß sich nach längerer oder kürzerer Zeit Beschwerden einstellen, wie Schwerhörigkeit, Absterben des Gehörs in den Fingerspitzen, Muskel- und Gelenkerkrankungen, Schlaflosigkeit und sonstige nervöse Beschwerden. Diese Erscheinungen, zu denen in den Steinbearbeitungsbetrieben noch die Staubbelastung kommt, traten besonders deutlich bei zwei Präflustarbeitern im Dolomitbruch Halben zutage. Trotzdem die beiden im besten Alter stehenden Arbeiter erst 4 bzw. 5 Jahre mit diesen Werkzeugen beschäftigt sind, war die Beeinträchtigung ihres Gesundheitszustandes sehr bemerkbar.

Diese Betriebsbesichtigungen und die Befragung der in Frage kommenden Arbeiter haben den Kommissionsmitgliedern bewiesen, daß die bisherigen gesetzlichen Schutzvorschriften für die Präflustarbeiter sehr unzulänglich sind. Bei den Beratungen wurde denn auch von Arbeiterseite gefordert, daß sämtliche durch die Präflutwerkzeuge hervorgerufenen Gesundheitsstörungen der Entschädigungspflicht unterstellt werden müssen und daß ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit und die periodische Untersuchung eine dringende Notwendigkeit ist, um eintretende Schädigungen in ihren Anfängen abzuwehren. Auch dem Luftauspuff an den Werkzeugen und der Staubbekämpfung besonders in der Steinindustrie muß die ernsteste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Alle diese Gefahren schaffen den Berufsgenossenschaften, den Gewerbeaufsichtsbehörden, der Arbeiterschaft und besonders den Betriebsräten ein großes Betätigungsfeld. Von den Berufsgenossenschaften ist zu verlangen, daß sie sich im eigenen Interesse den vorstehend erhobenen Forderungen anschließen und Mittel bereit stellen zu Vorbeugungsmaßnahmen, Umschulungen und für Uebergangsrenten. Die Gewerbeaufsichtsbehörden und die Betriebsräte haben durch Aufklärung dahin zu wirken, daß die Arbeiter die Arbeit an diesen Werkzeugen einstellen, sobald sich Gesundheitsstörungen bemerkbar machen, weil Gesundheit viel wertvoller ist als vorübergehender höherer Verdienst mit anschließendem Siechtum.

Gewerbeaufsichtsbehörden und Betriebsräte haben ferner darauf zu achten, daß veraltete Werkzeuge durch neuzeitliche ersetzt und in geschlossenen Werkstätten ausreichende Staubabaugevorrichtungen geschaffen werden. Es geht um die Gesundheit der Präflustarbeiter, die weitestgehend zu schützen ist. Cw.

von revolutionärem Temperament und politischer Verständigkeit geschaffen. Diese 12 Artikel, die von einem biblischen Radikalismus bestimmt waren, bemühten sich, die Forderungen der Bauern: Freie Wählerwahl, gegen die Abgabe des Zehnten, gegen die Leibeigenschaft, gegen das Fronen, für freie Jagd und Fischfang zu einem Programm zusammenzufassen. Mit mannaftem Mut stellte sich Riemenschneider und mit ihm eine Reihe weiterer Ratsmitglieder auf die Seite der um ihre Freiheit kämpfenden Bauern. Es lag auf der Hand, daß an dem Erfolg der revolutionären Erhebung auch die Städte und ihre Körperchaften besonderes Interesse haben mußten. Der Steuerdruck, den die Maßlosigkeit der Geistlichkeit und des Adels verursachte, wurde immer unerträglich. Unter Riemenschneiders Führung wehrte sich ein großer Teil der Ratsbourgeoisie, die Wünsche des Bischofs, nämlich Keiligung, die Konrad von Bibra befehligte und zur Gegenwehr aus dem ganzen Fürstentum zusammengezogen wurden, zu bewirten, zu respektieren. Auch diese Streitkräfte gegen die Bauern durch eine Würzburger Mannschaft zu unterstützen, verweigerten sie.

An der Disziplinlosigkeit der Anführer der revolutionären Bauernhaufen und an der Uebermacht der fürstlichen Heere ist dann schließlich die machtvoll begonnene soziale Erhebung des 15. und 16. Jahrhunderts gescheitert. Die Fürsten siegten und ein fürstliches Blutgericht, das die Beschöfe besonders unterstützten, war die Folge. Riemenschneider floh, wurde aber bald gefaßt und eingekerkert, täglich auf das Grausamste gefoltert und mit der Hinrichtung geschickt. Sein Sohn verfiel der Rache des Henkers. Riemenschneider wurde mit 10 weiteren Ratsmitgliedern mit schimpflicher Zeremonie aus dem Rat gestochen und nach Entrichtung einer erheblichen Geldbuße aus der Gefangenschaft entlassen.

Von dieser Demütigung, krank und gebrochen an Leib und Seele, hat er sich nicht wieder erholt. Seine Meisterhand ruhte. Am Kilianstage, am 8. Juli 1531, ist er gestorben. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde sein Grabstein mit seinem Bildnis, das sicher seinen Sohn Georg zum Schöpfer hat, gefunden.

Als der „letzte Gotiker“, in dem die deutsche mittelalterliche Plastik und Holzschneidkunst ihren größten Meister fand, als Mitkämpfer der sozialen Revolution des deutschen Bauernkrieges lebt er in dem Gedächtnis aller Werttätigen. Dtschw.



Was geht in Rußland vor?

Die bolschewistischen Machthaber in Rußland haben bisher ihren wirtschaftspolitischen Kurs wiederholt und grundlegend gewechselt. Daß sie mit ihren Experimenten bis heute noch kein abschließendes Ergebnis erzielt haben, ist bekannt. Ob sie überhaupt eine sozialistische Ordnung zustande bringen, muß nach der neuesten Programmrede Stalins sehr bezweifelt werden.

Arbeiterwerbung und Mechanisierung. Hierüber stellte Stalin kürzlich fest: Wir haben jetzt eine ganz neue Lage und stehen vor neuen Bedingungen zur Sicherstellung der Betriebe mit Arbeitskraft. Daraus folgt erstens, daß mit einem automatischen Zustrom der Arbeitskräfte nicht gerechnet werden kann, und daß zu einer Politik der organisierten Werbung der Arbeiter für die Industrie übergegangen werden muß.

Daraus folgt zweitens, daß die Mechanisierung der schwersten Arbeitsprozesse sofort in Angriff genommen werden muß. Die Mechanisierung der Arbeitsprozesse ist für uns diese neue entscheidende Kraft, ohne die wir unmöglich unser Tempo und unseren Produktionsmaßstab werden einhalten können.

Was das Problem der Arbeiterwerbung praktisch bedeutet, geht daraus hervor, daß von den 65 000 Bergarbeitern, die in den Kohlenruben des Nordkaukasus neu eingestellt wurden, im März dieses Jahres bereits 60 000 wieder abgewandert waren. Auch in anderen Regionen ist es nach Meldungen in den russischen Regierungszeitungen nicht viel anders. Diese Tatsachen zeigen mehr als hundert Rußlandsberichte, wie es um die Arbeits- und Lebensverhältnisse der russischen Industriearbeiter bestellt sein muß, wenn eine derartige Fluktuation herrscht.

Löhne nach Leistung: Wo ist die Ursache der Fluktuation der Arbeitskräfte? In der unrichtigen Organisation des Arbeitslohnes, in der „linkserischen“ Gleichmachung der Arbeitslöhne. Eine Reihe von Unternehmern hat die Lohnsätze so festgesetzt, daß der Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeitskraft, zwischen Leicht- und Schwerarbeit verschwindet. Diese Gleichmachung bewirkt, daß die ungelerten Arbeiter an der Qualifikation uninteressiert sind. Diese Gleichmachung muß aufgehoben und das alte Lohnstufensystem gertrümmert werden.

In jedem Industriezweig, in jedem Betrieb sind führende, mehr oder weniger qualifizierte Arbeitergruppen vorhanden, die an die Produktion gefesselt werden, wenn wir wirklich einen stabilen Arbeiterbestand im Betrieb sicherstellen wollen. Diese führenden Arbeitergruppen bilden das Hauptglied des Betriebs. Sie an den Betrieb, an die Werkstatt zu fesseln, bedeutet, den gemeinsamen Arbeiterbestand zu halten und die Wurzeln der Fluktuation der Arbeitskraft zu untergraben.

Aber wie können sie an den Betrieb gefesselt werden? Sie können nur durch Hinaufbeförderung, durch Hebung ihrer Lohnstufe und durch eine solche Organisation des Arbeitslohnes gefesselt werden, wodurch die notwendige Qualifikation des Arbeiters belohnt wird.

Also hinweg mit dem gleichgearteten Lohnsystem, Entlohnung nach Leistung — das ist das gleiche Prinzip, das die kapitalistischen Unternehmer durch ihr Akkordsystem und ihren Kampf gegen die Tarifverträge erstreben. Das ist das gleiche Prinzip, mit dem Nazis, Gelbe und Stahlhelmer in Deutschland die Gewerkschaftsarbeit bekämpfen.

Die alte Intelligenz muß helfen: Wenn unser Verhältnis zur alten technischen Intelligenz während der Schädlingsblüte hauptsächlich in der Zertrümmerungspolitik zum Ausdruck kam, so muß unser Verhältnis gegenwärtig während des Umchwünges dieser Intelligenz, zugunsten der Sowjetmacht hauptsächlich durch die Politik der Heranziehung und der Sorge um sie zum Ausdruck kommen. Die Aufgabe ist also — Wenderung des Verhältnisses zu den ingenieurtechnischen Kräften der alten Schule, um ihnen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, um sie an die Arbeit mehr heranzuziehen.

Diese Parole bedeutet nicht weniger, als daß die Bolschewisten die technische Leitung der Betriebe wieder an die früheren Techniker und Betriebsleiter abgeben, die bisher als Gegner des bolschewistischen Systems von diesen Funktionen ferngehalten wurden.

Kapitalbildung und Selbstkostenreduktion. Das, was man bei uns als Kapitalbildung und Selbstkostenreduktion auf Kosten der Konsumkraft bezeichnet, drückt Wäterschen Stalin wie folgt aus:

„Wenn früher die alten Quellen für die Rekonstruktion der Industrie und des Transportwesens ausreichten, so beginnen sie jetzt ungenügend zu sein. Indem man die alten Akkumulationsquellen festigt und entfaltet, muß man erreichen, daß die Schwerindustrie und vor allem der Maschinenbau auch zur Akkumulation beitragen. Dazu ist notwendig die Beseitigung der Mißwirtschaft bei der Mobilisierung der inneren Industriereserven, die Einführung und Festigung wirtschaftlicher Berechnungen in allen unseren Unternehmungen, systematische Herabsetzung des Selbstkostenpreises und Stärkung der inneren industriellen Akkumulation.“

Neue Führungsmethoden proklamiert Stalin: Unsere Vereinigungen müssen von der kollektiven Verwaltung zur Einzel-Leitung übergehen. An der Spitze der Vereinigung bleibe ein Vorsitzender nebst einigen Vertretern. Dies wird zur Verwaltung der Vereinigung vollkommen genügen.

Die Leitung der Betriebe soll also möglichst in einer Hand liegen — Betriebsdemokratie ist überflüssig.

Es ist nun selbstverständlich, daß die russischen Machthaber zur Begründung ihres Programms alle möglichen Argumente erfinden, um ihren Untertanen die Sache schmackhaft zu machen. Wie sehr man ein Volk mit Reden vom zukünftigen Volkswohl und ähnlichen Verheißungen besoffen machen kann, hat uns der Anfang und der Verlauf des Weltkrieges bewiesen. Will man deshalb den Wert und den Sinn der russischen Wirtschaftspolitik prüfen, dann darf man nicht von den Plänen und Verheißungen ausgehen, sondern man muß die Lage der arbeitenden Menschen sehen und daran ermesen, ob ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Mit diesem Maß gemessen, erscheint das, was in Rußland vorgeht, sehr fragwürdiger Art. Stellte doch ein sehr rußlandsfreundlicher Beobachter, Max Hodann, auf Grund einer Studienreise folgenden fest:

„Nominell mag der Durchschnitt der Arbeiter 122,5 v. H. des Lohns von 1913 verdienen. Es bleibt entscheidend, was er sich dafür leisten kann. Und daß mit den täglichen Löhnen der weitaus überwiegenden Masse einerseits, angesichts der Warenknappheit und Minderwertigkeit der verfügbaren Waren und dem vielfachen Verlegen des Abtransports der Waren und des Verteilungsapparates andererseits die Lebenshaltung auch des großstädtischen Industriearbeiters hinsichtlich Ernährung, Kleidung und anderer Gegenstände des täglichen Bedarfs nicht im entferntesten an das heranreicht, was bei uns der Arbeitslose gewöhnt ist; darüber läßt sich leider gar nicht streiten.“

Gute Straßen und Arbeitsmarkt

Nachdem als Folge des ungeahnt schnellen Anwachsens des Personen- und Lastkraftwagenverkehrs ein erheblicher Teil unseres Wirtschaftslebens wieder wie vor der Zeit der Eisenbahnen auf die Straßen zurückgekehrt ist, beschäftigt sich die Defensivität in hervorragendem Maße mit dem baulichen Zustand dieser Straßen und den im Verkehrsinteresse zu fordernden Umgestaltungen und verbindet damit meist die heute in Anbetracht unseres Finanzelends noch brennendere Frage eines möglichst wirtschaftlichen Ausbaues der Straßen unter produktiver Verwendung unseres Arbeitslosenheeres. Mit Recht ist oft betont worden, daß heute für ein verarmtes Volk wie Deutschland schlechte Straßen ein unverantwortlicher Luxus seien. Sie verteuern nach Mitteilung des Sächsischen Staatsstraßenreferenten, Ministerialrat Dr. Speck, durch erhöhte Inanspruchnahme an Betriebsstoffen, Reifen, Wagenreparaturen usw. den Autobetrieb um 20 Prozent. Seine Berechnungen haben ergeben, daß die Ersparnisse an Autobetriebskosten in 20 Jahren doppelt so hoch seien, wie die Verzinsung und Tilgung der Ausgaben für den Bau und die Unterhaltung guter Straßen. Der Begriff der zu verlangenden guten Straßen wird in diesem Zusammenhang oft einseitig und sachunkundig meist nur vom Standpunkt des auf Vergnügungs- oder Geschäftsreisen befindlichen Automobilisten beurteilt, der überall mit seinem leichten Fahrzeug möglichst lange Strecken mit möglichst großer Geschwindigkeit zurücklegen will, und es werden oft die leichten Oberflächenbefestigungen mit Teer oder Bitumen und Steinsplitt ohne Rücksicht auf die Stärke des vorhandenen Straßenverkehrs als allgemein anzuwendend propagiert, indem man darstellt, daß sie mit wenig Geld den Ausbau langer Strecken zulassen, deshalb wirtschaftlich seien und dazu den besonderen Vorzug haben, in weitestgehendem Umfange die produktive Verwendung von Arbeitslosen zu ermöglichen.

Der vor einiger Zeit im Hauptauschuß des Preußischen Landtages gefaßte Beschluß, das Staatsministerium möge die Bauverwaltungen anhalten, dem Steinstraßenbau gegenüber dem modernen Straßenbau den Vorzug einzuräumen, weil er wirtschaftlicher und deshalb im Endziel billiger sei, ist vielfach abfällig kritisiert worden, weil der Steinstraßenbau zu teuer sei und die erforderlichen Baukosten um so weniger aufgebracht werden könnten, als Auslandsanleihen für Straßenbauzwecke nicht zugelassen seien.

Die in den Herstellungskosten „teuer“ erscheinenden Straßendecken sind in ihrer Wirtschaftlichkeit bei Würdigung ihrer Lebensdauer und der Unterhaltungskosten während dieser Zeit keineswegs teurer als alljährlich zu erneuernde und kostspielig zu unterhaltende billigere Befestigungsarten.

Selbsterständlich haben auch leichte Befestigungen ihre Berechtigung und man wird bei jedem Straßenausbau zu prüfen haben, welche Befestigungsart je nach dem aufzunehmenden Verkehr zu wählen ist. Welche Befestigungsart in jedem Falle die richtige ist, darüber streiten die Asphalt-, Teer-, Zement- und die Steinpflasterindustriellen in heftigem Wettbewerb und bemühen sich, sich gegenseitig den Rang abzulaufen.

Die einfache Oberflächenteerung ist für leichten Verkehr etwa bis zu 500 Tonnen Tagesbelastung und bei freier Lage der Straße als Schutz der Chausseeoberfläche gegen die Saugwirkung der schnell fahrenden Kraftfahrzeuge ausreichend und vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkte als das Gegebene zu bezeichnen, selbst wenn man verkehrstechnisch in Kauf nehmen muß, daß die alle zwei Jahre — in den meisten Fällen alljährlich — zu wiederholende Teerung unliebbare Verkehrsstörungen durch vorübergehende Straßensperrungen verursacht. Bei stärkerem Verkehr hält die einfache Oberflächenteerung kaum ein Jahr aus, sie wird unwirtschaftlich und muß durch einen stärkeren Oberflächenschutz ersetzt werden.

Bis zu 1000 Tonnen täglicher Verkehrsbelastung wird ein etwa 3 Zentimeter starker Asphalt- oder Teersplittdeck mit Erfolg angewandt, der das Dreifache kostet, immerhin aber nach den bisherigen Erfahrungen als zweckentsprechend und wirtschaftlich angesprochen werden kann. Bei weiter wachsendem Verkehr steigern sich auch die Ansprüche an die Güte der Straßendecke und es müssen stärkere Teertränkdecken, Teerbeton- bzw. Teermafadendecken, Asphalt-, Zementbeton- oder Pflastersteindecken gewählt werden. Es gibt in Deutschland, wie die letzte Verkehrszählung vom vorigen Jahre zeigt, eine recht erhebliche Zahl solcher Straßen, für die nur der Ausbau mit schweren Decken in Frage kommt.

Bei der Auswahl soll erste Bedingung die Wirtschaftlichkeit sein. Die neuesten schweren Straßendecken in Teer, Asphalt und Zement haben seit den sechs Jahren ihrer Einführung in Deutschland eine Hervollkommnung erfahren, eine endgültige Bewährung und Wirtschaftlichkeit kann noch nicht nachgewiesen werden, weil ihre Lebensdauer noch unbekannt ist und ihre Verwendung schließt deshalb ein Risiko in sich.

Bei Kleinpflaster kennen wir die jahrzehntelangen guten Erfahrungen hinsichtlich Lebensdauer und sehr niedriger Unterhaltungskosten.

Es ist auch die Beliebtheit des Kleinpflasters bei den Automobilisten wegen seiner großen Verkehrssicherheit bekannt und wenn nun noch die Tatsache dazukommt, daß selbst bei günstiger Schätzung der Lebensdauer der modernen Befestigungsarten die Wirtschaftlichkeitsberechnung, die sich auf der Lebensdauer, den Herstellungs- und Unterhaltungskosten aufbaut, zugunsten des Kleinpflasters ausschlägt, so kann der Beschluß im Preußischen Landtag, die bevorzugte Verwendung des Kleinpflasters zu empfehlen, nur begrüßt werden. Er kann um so mehr begrüßt werden, als gerade Kleinpflaster nicht nur die so oft betonte Verbesserung der Verwendung nur einheimischer Baustoffe voll erfüllt, sondern auch in besonders wirksamer Weise der volkswirtschaftlichen und sozialen Hauptforderung der Gegenwart, der Herabminderung und produktiven Verwendung der Arbeitslosen, Rechnung trägt.

Kleinpflaster erfordert im Gegensatz zu der überwiegend maschinellen Herstellung der Baustoffe und ihrer Verarbeitung für die neuzeitlichen Straßendecken fast ausschließlich Handarbeit. Für jedes Kilometer Kleinpflasterstraße von 6 Meter Breite, das auf vorhandenem Unterbau ausgebaut wird, können 60 bis

70 Arbeiter zwei Monate lang Beschäftigung finden. Es ist eine in Fachkreisen feststehende Tatsache, daß von allen heute für schweren Verkehr üblichen Straßenbefestigungen das Kleinpflaster diejenige ist, welche die günstigste Auswirkung auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes hat. Verhältnismäßig geringe Preisunterschiede in den Herstellungskosten anderer Bauweisen, die manchmal mit denselben Gesamtkosten gegenüber Kleinpflaster die Fertigstellung einer größeren Straßendecke und dementsprechend eine erhöhte Anzahl von Arbeitertagewerken zulassen mögen, bleiben auf das erwähnte Endergebnis ohne Einfluß.

Ja sogar im Vergleich mit leichten Straßendecken und Oberflächenbehandlungen ist in Heft 2 „Bitumen“ vom April 1931 in übersichtlicher Tabelle trotz ungünstiger Tagewerksannahmen für die Bauausführung und bei völliger Außerachtlassung der besonders ins Gewicht fallenden Tagewerke für die Pflastersteinherstellung nachgewiesen, daß die Ausführung von Kleinpflaster den Arbeitsmarkt am günstigsten beeinflusst.

Die kürzlich vom Arbeitsamt Dessau veröffentlichte statistische Zusammenstellung über die Bedeutung des verschiedenartigen Straßenbaues für den Arbeitsmarkt, die in der Tages- und Fachpresse wiederholt erörtert worden ist, beruht auf nicht richtigen Voraussetzungen.

Zum Schluß noch ein Wort über die Berücksichtigung des örtlichen Arbeitsmarktes! Es wird bisweilen gesagt, für den Arbeitsmarkt seien nur die Tagewerke, welche ungelernete Arbeiter auf der Baustelle leisten, von Wichtigkeit; Tagewerke, welche den Baustoff in den Steinbrüchen und Aufbereitungsanstalten herstellen, hätten keine Berücksichtigung zu finden. Gewiß wird jeder hausausführende Kommunalverband vornehmlich bestrebt sein, für seine eigenen Erwerbslosen, die er aus Wohlfahrtsmitteln unterhalten muß, Arbeitsgelegenheiten zu gewinnen, aber neben seinen eigenen Interessen darf er auch allgemeine volkswirtschaftliche und soziale Erfordernisse nicht gänzlich vergessen, zumal da ein großer Teil seiner Einnahmen ihm von der Allgemeinheit zufließt. Man muß daran denken, daß beispielsweise

viele Tausende von Steinbrucharbeitern, die durch die allgemeine Geldnot zur Untätigkeit verurteilt sind, unmöglich von ihrer Heimatbehörde wieder Beschäftigung erhalten können, sie sind auf die Hilfe der Allgemeinheit angewiesen und nur diese ist in der Lage, aber auch verpflichtet, sie wieder einer geordneten Arbeitstätigkeit zuzuführen und sie der überlasteten und zusammenbrechenden Arbeitslosenfürsorge zu entziehen. Dr. Bhm.

Stand der Arbeitslosigkeit — Besserung auf dem Arbeitsmarkt

In der zweiten Hälfte des Monats Juni verringerte sich die Erwerbslosigkeit in Deutschland um 38 000 Personen. Insgesamt war im Juni ein Rückgang von 91 000 zu verzeichnen. Es waren noch 3 962 000 Arbeitslose Ende Juni vorhanden. Die Arbeitslosenversicherung verzeichnete in der zweiten Junihälfte einen Rückgang von 62 000 auf 1 414 000 und die Arbeitslosenversicherung einen Zuwachs um 6000 auf 940 000. Die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen betrug am letzten Stichtag, Ende Mai, 1 004 000. Von Mitte Februar bis Ende Juni erfuhr der Arbeitsmarkt eine Entlastung von 1 030 000, während im Vorjahre, allerdings bei einer wesentlich geringeren Winterarbeitslosigkeit, ein Rückgang in derselben Zeit von 725 000 zu verzeichnen war. Im einzelnen ist zu melden, daß die Landwirtschaft ihren Bedarf im großen und ganzen bis auf jugendliche Arbeitskräfte gedeckt hat. Von einzelnen Industrien kamen größere Anforderungen, teils infolge eines besseren Geschäftsganges, teils für kurzfristige Beschäftigungen. Im Ruhrbergbau hat die Abbauwelle einen gewissen Stillstand erreicht. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie kann infolge der Russenaufträge und der zusätzlichen Bestellungen der Reichsbahn eine leichte Belebung melden. Die Bautätigkeit hat sich etwas besser gehalten als erwartet werden konnte. Das gleiche trifft auf die Baustoffindustrien zu. Etwas günstiger war die Entwicklung in den Berufen der Metallverarbeitung und des Holz- und Schnitstoffgewerbes. Die Spinnstoffindustrie bildete nach wie vor eine wichtige Stütze des Arbeitsmarktes. Im Bekleidungsgebiete kann allerdings die Saison als beendet angesehen werden. Die Einstellungen bei der Reichsbahn brachten dem Arbeitsmarkt des Verkehrsgewerbes eine gewisse Entlastung. In der Gruppe Nahrungs- und Genussmittelindustrie waren zahlreiche Betriebe der Tabakverarbeitung und der Konservenherstellung aufnahmefähig. — Wir registrieren diese teilweisen Besserungserscheinungen des Arbeitsmarktes mit Genugtuung. Wissen wir doch ganz genau, daß von einer Besserung des Arbeitsmarktes sehr viel abhängt. Hoffentlich trägt das Inkrafttreten des Hoover-Plans zu einer weiteren Verminderung des Arbeitslosenheeres bei. Jedenfalls liegt kein Grund vor, allzu schwarz in die Zukunft zu sehen. Denn der Pessimist ist der einzige Mist, auf dem nichts wächst.

Bücher und Zeitschriften.

Der Sozialismus und die Frauen. Drei neue Schriften der Sozialdemokratie. „Wer verteuert Dir das Leben?“ fragt das erste. Es zeigt, wie die Preise der Wohnungen, der Lebensmittel, der Bedarfsartikel ebenso wie die Höhe der Löhne in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft von einem Faktor ausschlaggebend bestimmt werden: dem rückwärtigen Profitwillen des Kapitals. Das zweite Heftchen mit dem Titel „Was geht Dir der Marxismus an?“ führt diesen Gedankengang weiter. Die Erkenntnis von Karl Marx, daß erst durch eine neue, sozialistische Gesellschaftsordnung die Profitgier des Kapitalismus ausgeschaltet werden kann, wird hier ganz kurz und jedem verständlich dargestellt. Weshalb die Frau an diesem Kampf mitwirken muß? Es mag noch Frauen geben, die solche naive Frage stellen. Ihnen wird die Antwort: weil die Frau ebenso wie der Mann im Lebenskampf steht. Heute arbeiten in Deutschland über 11,5 Millionen Frauen beruflich, davon sind 8,5 Millionen über 20 Jahre alt und ledig, verwitwet oder geschieden. Und die Frau, die „nur“ Hausfrau und Mutter ist? „Die Mutter entscheidet die Frage über die Arbeit“, sagt das dritte Heft. Der Krieg hat die unermüden Kämpfer hungern und verarmen lassen, hat die Söhne auf dem Schlachtfeld zerissen und verarmen lassen, hat die Frauen zu Witwen gemacht. Es gibt nur eine Sicherung dagegen, daß dieses Grauen sich wiederholt: Schule, Gemeinde und Staat dem Geist des Friedens zu öffnen, durch die tatkräftige Mithilfe der Frauen, der Mütter. Die drei Hefte sind recht geeignet, Verständnis für Sinn und Aufgaben der Sozialdemokratie in weite Kreise zu tragen. Jede der kleinen Schriften ist 8 Seiten stark und mit einer Illustration versehen. Der Preis beträgt pro Stück 5 Pf.; jede Vollsachhandlung der SPD hat die Schriften vorrätig. Rechtsanwältin Landberg, M. d. R., „Die politische Krise der Gegenwart.“ Verlag J. H. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin SW. 68 Preis 25 Pf. Die Sozialdemokratie schuf die demokratische Weimarer Verfassung. Sollen wir etwa vom Parlamentarismus zum alten System mit seinen ständigen Krisen zurück? Die Nutznießer des alten Systems rufen heute den Nationalsozialismus als vermeintlichen Retter herbei, der eine Diktatur begründen und einen nationalen Krieg ohne Geld und ohne Bundesgenossen führen will. Ein nationalsozialistisches diktatorisches Reich ohne jede parlamentarische Kontrolle würde eine ungeheure soziale Korruption erzeugen. Dem alten und dem angebotenen diktatorischen nationalsozialistischen System stellt Landberg die Demokratie mit ihrer Erziehung der Massen, mit ihren Staatsmännern von Format entgegen. Die heutige Demokratie, das heutige parlamentarische Regiment in Deutschland leidet an der Zerstückelung in viele lebensunfähige Parteien. Das ist ein Fehler der letzten politischen Schulung des Volkes. In seinem aufstrebenden Vortrag feiert Landberg die Demokratie als die gewaltige, zum Sozialismus führende Macht.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

# Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

## Der literarische Bierfilz

Wenn du abends einmal durch die Lokale deines Heimatortes gehst, dann siehst du an den runden Tischen in den Ecken der Wirtschaften wohlgenährte, selbstzufriedene Bürger, die hier ihren „Stammtisch“ haben und die dabei so weltbewegende Probleme erörtern, wie ob sie nun den König drauflegen oder mit dem Hof stehen sollen, ob sie schwarz bleiben oder noch aus dem Schneider kommen, ob sie geben oder trumpsfen müssen. In den politischen Versammlungen oder in kulturellen Veranstaltungen wirst du allerdings diese Mitmenschen vergebens suchen; sie beziehen ihre ganze Kultur und ihre ganze Weisheit nicht etwa aus der Zeitung oder aus guten Büchern, sondern aus den runden Dingern, die vor ihnen liegen, und auf denen sie ihr Bierglas zu stehen haben; Bierfilz nennt man sie im Volke.

Vor mir liegt eine ganze Reihe dieser beliebten Wurfgeschosse unserer Kinder. Ihre recht bunten, knalligen Aufdrucke muß man einmal in Ruhe auf sich wirken lassen, um ihre ganze Verlogenheit zu erkennen. Da ist einer, der mit der Wahrheit sehr stark solidiert und der die geistigen Qualitäten seines Urhebers in recht schlechtem Licht erscheinen läßt:

„Das Bier schafft uns Genuß,  
Die Bücher nur Verdruß!“

Ein anderer:

„Die mit Wasser angefeuchtet  
Ihr Gehirn, sind nicht erleuchtet!“

Uns sind ganz gewiß solche Menschen lieber, die sich nicht erst vor jeder geistigen Arbeit „illuminieren“ müssen oder denen man die „Erleuchtung“ schon an der Nasenspitze ansieht!

„Lerne laufen, ohne zu arbeiten“,

ist eine der Bierfilzregeln, die leider nur zu oft befolgt werden, und die deshalb wesentlich zur Füllung unserer Gefängnisse, Arbeits- und Siedenhäuser beiträgt!

Ganz toll wird es, wenn die Bierfilze „politisch“ werden. Das sieht dann so aus:

„Sup die vull  
un fret di did,  
un hol dat Mul,  
von Politif!“

Ein anderer Vers scheint den Indifferenten zugeeignet:

„Schauderhaftes Lafter  
Deutschlands: die Parteien!  
Habt ihr Zeit und Zaster —  
Schenkt euch lieber ein.“

Der nächste steht auf der gleichen „hohen“ Stufe:

„Welch Jammer, diese Parteienzucht!  
Wie sie sich lästern und kloppen!  
Als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht  
bleibt nur der gemütliche Schoppen!“

Der letzte dieser „politischen“ Verse predigt unter dem Motto „Vernünftige Politik des Biertrinkens“:

„Ob König oder Präsident  
ist wurstigt, ganz streng genommen!  
Wer einen guten Tropfen kennt  
und schätzt — sei uns willkommen!“

Vor solcher „vernünftigen Politik des Biertrinkens“ müssen wir allerdings ehrfurchtsvoll schweigen. Es ist ja doch wirklich ganz gleich, ob wir Untertanen einer Majestät von Gottes Gnaden sind oder freie, gleichberechtigte Staatsbürger, ob wir uns den Launen eines Machthabers fügen müssen oder ob wir die Geschichte unseres Volkes mitbestimmen. Zu dieser Erkenntnis hat uns erst der Bierfilz gebracht! Darum:

Es lebe der Bierfilz!

Hansotto Loggow.

## Was ein Häfchen werden will...

Der „Büchekreis“, Berlin SW 61, hat den „Baldam“ von Ostau Wöhle in einer neuen, erweiterten und teilweise veränderten Ausgabe herausgebracht. Preis 4,80 Mark. Wir bringen aus diesem ausgezeichneten Humorbuch eine kleine Kostprobe.

Von jeher war ich das Sorgenkind. Schon früh, kaum daß ich die Dielen betreten konnte, saßte mich eine Lungenentzündung, die so heftig war, daß selbst der Doktor an meinem Aufkommen zweifelte. Aber Unkraut verdirbt nicht, das ist ein wahres Wort, und nach der Krankheit war ich noch wilder und unbändiger als zuvor. Mit zunehmendem Alter entwickelten sich bei mir die schrulligen Eigenheiten der Baldamusse ins Ungemeine. Ständig wollte ich recht haben; bekam ich keines, so trockte ich mir es. Mein Mundwerk ging wie aufgezogen, gleichsam ein Bombardon in Dauerbetrieb, dagegen konnte nichts anderes aufkommen. Das alles, meine Redheit und Jungenfurcht, schaffte den Eltern viel Ungelegenheiten; denn ein kleiner Geschäftsmann an einem kleinen Ort muß mit Hinz und Kunz Freund sein, Hedmed löffeln, einen krummen Budel machen, vor jedem Scharwenzeln und darf ja niemand an der Bürgerkrone polieren, sonst geht es mit ihm schluraff den Rhein ab und er kann seine Ware verschimmeln lassen oder einsalzen, weil niemand sie ihm abnimmt. Schon innerhalb der vier Pfähle fing meine Frechdachsheit an, wie war ich zu bewegen, den Vater „Vater“ zu nennen; wenn ich ihn zu rufen mußte, dann nicht anders als schlankweg „den großen Theodor“. Er mochte mich haben, wie er wollte, eine andere Bezeichnung drohete er nie in mich hinein.

Auf der Gasse maulte ich mich noch weit schlimmer aus. Jedem, den ich sah, hängte ich einen Liebernamen an. Besonders dem Dorf- bittel, der so komisch mit seiner komischen Mütze wadelte. Den konnte ich mit zwanzig verschiedenen Namen beehren. Am liebsten rief ich ihm „Stachelbeerchnauer“ nach, das machte ihn recht verrückt. Wenn ihm ein solches Wort auf den Pelz fuhr, so schnellste er herum wie ein Wiesel, das in eine Falle gekommen ist. Diese rasche Bewegung war bei ihm ungemein lächerlich anzusehen; denn der Stachelbeerchnauer war ein klobiger, ungeschöner Mensch, noch dicker als der Metzger Friedrich, der doch kaum zu einer Haustür herauskam, ohne sich die Bauchwand zu quetschen. Manchmal, wenn ich ihn so recht aus Herzensgrund geärgert hatte, rannte er mir nach, doch erwischte er mich nie. Das einzige, was der Blasbalg des Gesekes bei diesen Kraxiproben erntete, war, daß er gottserbärmlich keuchen und spätestens bei der zweiten Querstraße hinfallen mußte, weil sein Ventilwerk streifte. Wenn es so weit war, daß man sein knarrendes Geschnauf bis ins Unterdorf hinunter hören konnte, dann setzte ich mich gleichfalls hin auf einen Randstein oder eine Kellerstufe und wartete, bis sich der Stachelbeerchnauer einigermaßen ausgeleuchtet hatte. Merkte ich, daß er wieder halbwegs Luft haben konnte, so stand ich langsam auf und schrie: „Wie ist es, rostiger Stachelbeerchnauer, wollen wir es wieder packen?“ und gab aufs neue Fersengeld, sehr zum Gaudium der Kraxler, die bei diesem ungleichen Wettkampf feindlich unter den Haustüren standen. Aber wenn mich wegen dieser Sachen der große Theodor am Widel bekam, hatte ich nichts zu lachen. Dann stäubte er mich nach Strich und Faden ab, so sauber, so glatt, zehn Glanzbrillen hätten hintennach kein Staubkörnlein mehr auf meinem Hofenboden erkennen können, höchstens Striefen und Striemen.

Zu Hause, sobald ich allein und ohne Aufsicht war, lausbubte ich in beinahe unglaublicher Art. Bei jeder Gelegenheit, sobald ich hinter die Streichhölzer konnte, zündete ich in der Küche die Handtücher an, so daß zum Schluß nur noch ein schäbiger Sessel am Türnagel hing. Je heller das Zeug flatterte, desto größer war meine Freude. Alles, was brannte, machte mir in jenem Alter einen Nordspaß. Deshalb stand ich beim alten Vieni oft stundenlang in der Schmiede und sah der Arbeit des Blasebalgs zu. Dem Alten machte meine unerböhlene Feuerbegeisterung Spaß, und um mich recht lange in seiner verräucherten, stinkigen Bude zu halten, warf er oft eine Handvoll Eisenfeilspäne in die Schmiedeglut, so daß ein Feuerwerk aus den zischenden Kohlen hochsprang, Sternhausen im kleinen vergleichbar, aufflammend, in gasigen, metallenen Flammen leuchtend, wie am Tage der Schöpfung durch einandergerwirbelt. Selbstverständlich gab es auch da Schläge bis zur Bewußtlosigkeit, wenn ich am Zündeln erwischte wurde, und trotzdem tat ich es. Die tollsten Prügel haben nichts geholfen; es gab keinen Handzwang, der diesen Drang nach Feuer hätte löschen können; aller Widerstand stachelte nur noch mehr an und machte listiger und verschlagener. Das Gelüft ist später, als ich in die Jahre kam, von ganz allein vergangen.

## „Mehr Sonne!“

Die Sonne ist unser wichtigstes Lebenselixier, sie ist der Urquell allen Lebens, allen Werdens. Abendlich bei Sonnenuntergang sinkt alles Leben in einen Schlummerzustand, um am anderen Morgen bei hellem Sonnenschein zu voller Kraft und Schönheit sich erneut zu entfalten. Die Länder des Südens zeigen die üppigste und schönste Entfaltung der Natur, weil dort die Sonne stark und intensiv von meist wolkenlosem Blau die Erde bestrahlt. Die alten Völker machten die Sonne zu einer Gottheit, aber von der heutigen Kulturmenschen wird die belebende und gesundende Kraft der Sonne nicht genügend gewürdigt.

Eine sonnige Wohnung ist das erste Erfordernis einer gesunden Lebensführung. Es ist erstaunlich, wieviel Wohnungen es noch gibt, in die jahraus, jahrein nicht ein einziger Sonnenstrahl dringt. Wie erfreut erhebt man sich morgens, wenn die Sonne durch die Ritzen schaut, wie gut schmeckt das Frühstück, wenn sie auf den Tassen und Tellern spielt, mit Sonnenfreude und seelischer Spannkraft beginnt man den Tag. Es ist nicht gleichgültig für unsere körperliche und geistige Lebenslust und Arbeitsfreude, ob der Mensch in einer düsteren und dunklen Wohnung oder in einem schönen sonnigen Heim sein Leben fristen muß. Dort sind die Stätten der Krankheit, des Glends, der Verzweiflung, hier die strahlenden Sonnenplätze, die unser seelisches Denken und unser Fühlen sehr günstig beeinflussen und deshalb von doppeltem gesundheitlichem Wert sind.

Gibt den Kindern Sonne, so lautet ein ärztlicher Rat, kräftige und gesunde Kinder werden heranwachsen. Bei Sonnenschein müssen die Kinder möglichst viel draußen spielen und tummeln. Jede Mutter muß heute wissen, daß zwei wichtige Erziehungs-faktoren Sonne und Luft sind, genau so wichtig wie Milch und Brot.

Aber auch für den Erwachsenen, für alt und jung ist Sonne Lebensbedürfnis. Jeder spürt es an sich selbst, welche belebende Haut und welche Sonnenfreude durch uns alle schmilzt, wenn der erste sonnige Frühlingstag nach langer Regenzeit die Ankunft des Lenzes meldet. Mit dem strahlenden Licht der Sonne kehrt nach langer Winterzeit eine neue Belebung mit neuem Mut und Schaffenskraft zurück.

Auch bei kranken und schwächlichen Menschen muß die Heilkraft der Sonne mehr ausgenutzt werden. Die Sonne besitzt starke keim-tötende Kraft für alle Bakterien und Krankheitserreger, selbst die so gefürchteten und zähen Tuberkelbazillen werden durch die Sonnenstrahlen schnellstens vernichtet. Es ist heute Allgemeingut der Ärzte, die Sonne als Heilkraft zu verwenden. Der ärztliche Mahnruf lautet: Hinaus in Licht und Sonne, und der Volksmund sagt: Wo die Sonne nicht hinkommt, kommt bald der Arzt hin. Das blasse Kind aus dem engen Häuserviertel der Großstadt braucht nur wenige Tage draußen in der Sonne zu spielen, es ist erfreulich zu sehen, wie die Wangen sich röten, die Haut sich bräunt und die Muskeln straffer werden, auch Appetit und Allgemeinbefinden bessern sich.

Auch in der Sportbewegung ist die Sonne unser bester Helfer, den Körper in Licht und Sonne draußen auf den Sportplätzen bewegen und vielseitig durchbilden, ist das Ziel der Leibesübungen, unsere Sportjugend muß mehr Leibeskultur pflegen, es kommt weniger auf die Zehntelsekunde als auf Bildung schöner gesunder harmonischer Körper an.

Reich, Städte und Kommune sind sich der großen gesundheitlichen Bedeutung der Leibespflege in Sonne, Licht und Luft bewußt, immer mehr Sonnenplätze werden geschaffen, damit die Menschen ihren Körper von der Sonne bestrahlen lassen können. Doch die heiße Sonne ist manchmal tückisch, der Körper muß langsam an die Sonnenstrahlen gewöhnt werden. In großen Krankenhäusern müssen flache Dächer für Besonnungsanlagen geschaffen werden, in den Großstädten müssen mehr geeignete Plätze für Lichtbäder errichtet werden, dann können alle die gesundende Heilkraft der Sonne genügend ausnutzen. Auch die Tieflandsonne in unserer Gegend genügt völlig und gerade der Wechsel zwischen sennearmer und sonnenreichen Tagen wirkt als Reiz sehr gesundend.

Nutzen wir Menschen deshalb die Sonne mehr aus, denn „Von allen Blumen ist es die Menschenblume, die der Sonne am meisten bedarf.“

Dr. med. Sauer.

## Arbeit, Natur, Wohnen

Die Untersuchungen über das Verhältnis zwischen Arbeit und Wohnen haben gezeigt, daß ein wesentlicher Teil der Arbeitnehmerschaft in einer anderen Gemeinde als der Arbeitsstätte ihren Wohnsitz hat. Sie haben aber auch gezeigt, daß ein wesentlicher Teil der städtischen Arbeitnehmerschaft auf dem Lande wohnt, und daß bei ihm ein Bedürfnis, in die Stadt zu ziehen, nicht in die Erscheinung tritt. Man nimmt lieber die Last des täglichen Weges in Kauf.

Kann man diese Erscheinung nur vom Standpunkt der Existenz betrachten, insofern das Wohnen draußen dem Menschen durch den Besitz von Garten und Kleinvieh eine wirtschaftliche Erleichterung bedeutet? Wenn wir wissen, daß in den deutschen Städten allein 1 1/2 Million Kleingärtner sind, die sich jetzt auf ihrer Reichstagung zum idealen Gedanken des Kleingartens bekannt haben, dann liegt die Vermutung nahe, daß sich in diesem Verbleiben der arbeitenden Menschen auf dem Lande, trotz ihres Arbeitsplatzes in der Stadt, eine gewisse Reaktion zeigt gegen die Natur-entfremdung durch das kapitalistische Wirtschaftsleben.

Recht vielversprechend ist in dieser Beziehung der letzte Halbjahresbericht der Deutschen Bau- und Bodenbank, auf den das Archiv für Wanderungswesen hinweist, weil dieser Bericht ein interessantes Dokument für die Strukturwandlung unserer Zeit ist.

In den Außenanlagen des Berliner Stadtgebiets und in den umgebenden Landkreisen in einem Umkreise von etwa 50 Kilometer von der Stadtmittelpunkt sind bisher, so heißt es da, mindestens 180 000 Kleinsiedlungsparzellen in den Besitz der städtischen Bevölkerung übergegangen. Diese Bewegung, so lesen wir da weiter, ist im Fortschreiten. Sie läßt sich auch in Hamburg, Breslau, in den

sächsischen Großstädten, in Thüringen und im süd- und westdeutschen Industriegebiet feststellen. Also überall da, wo die kapitalistische Industrialisierung mit ihrem kapitalistischen Wohnen die Massen der Natur entfremdet hat.

Solche Zahlen sind mehr als wirtschaftliche Tatsachenangaben, wenn man sie aus dem Wesen des Volkes heraus zu lesen versteht. Der Mensch verlangt die Umwelt für sein Wesen, und wenn die Wirtschaftsordnung ihm die Umwelt nicht so bietet, wie er sie nötig hat, dann sucht er sie sich zu erzwingen. Als Reform und als Versuch im Heute. Als Bewegung und Wirtschafts-gestaltung zu einem neuen, besseren Morgen hin.

## Was mancher nicht weiß

86 065 Telegramme täglich!

Ja, es ist kein Druckfehler: 86 065 Telegramme hat eine einzige Stelle täglich zu bewältigen, und zwar ist diese Stelle das Haupt-telegraphenamt in Berlin. Diese Telegramme gliedern sich in die dort aufgeföhrten, in diejenigen, die dort ankommen, und schließlich in die Durchgangstelegramme, die von hier in alle Winkel der Welt geleitet werden. 86 065 Telegramme täglich, das sind 32 500 000 Telegramme im Jahre. Diese Zahl wurde im Jahre 1919 am weitesten überschritten. 1919 hatte das Berliner Haupt-telegraphenamt die Rekordzahl von 42 600 000 Telegrammen, das sind 116 712 Telegramme täglich oder 4863 in der Stunde oder 81 in der Minute, mehr als eins also in jeder Sekunde!

Das läßt tief blicken!

Polen besitzt trotz seiner stark entwickelten alkoholgegnertischen Gesetzgebung nur eine einzige staatliche Trinkerfürsorgeeinrichtung, und zwar in Gostelbe. Das Heim wurde früher von evangelischen Organisationen unterhalten, liquidierte dann aber und wurde vom Staat übernommen, der es als Heilstätte für Alkoholtrante be- zieleht. Jetzt hat das polnische Innenministerium eine Ver- fägung erlassen, die die Verstaatlichung des Heims noch weiter treibt: In Zukunft sollen dort nur noch alkoholtrante polnische Staatsbeamte und deren Angehörige aufgenommen werden. Das läßt ja allerlei Schlüsse zu...

Der Dösjentopf

Der „Dösjentopf“ ist eine Bezeichnung aus der Gaunerprache, die das Arbeitshaus so benennt. Ursprünglich hieß nur das Arbeitshaus in Berlin so, das sich im vorigen Jahrhundert im Hause Belle-Alliance-Platz 11 befand. Dieses Haus gehörte dem Schlächter-Gewerk und wurde wegen seines Schildes der „Dösjentopf“ genannt. Dieser Name übertrug sich auf das später darin befindliche Arbeitshaus und wurde dann von der Gaunerprache für das Arbeitshaus überhaupt übernommen.

Der „älteste“ Bahnhof

Der „älteste“ Bahnhof der Welt wurde kürzlich bei dem Erze- CU Billah in Mesopotamien gebaut. Es mag verwunderlich er- scheinen, einen neuen Bahnhof als „ältesten“ der Welt zu bezeich- nen; und doch ist es so, denn zu seinem Bau wurden Ziegel ver- wandt, die aus einem alten Bauwerk stammen, dessen Alter man auf etwa 3500 Jahre schätzte. Mesopotamien, wörtlich überseht „Zwischenstromland“, liegt in Asien zwischen Euphrat und Tigris, offiziell bildet es das selbständige Königreich Irak, steht aber unter englischer Verwaltung und ist von englisch-indischen Truppen besetzt.

Das Kupferhaus

Als Senfation der in Berlin stattfindenden Bauausstellung wer- den allgemein die dort errichteten Kupferhäuser betrachtet. Die Häuser erlangen nach außen in ihrer natürlichen Farbe; auf die Innenwände ist ein Marmor gepreßt, sie sind farbig getrichen. Alle Teile des Kupferhauses werden mechanisch hergestellt, das ganze Haus kommt in einer einzigen Lastanladung an und steht in 24 Stunden bezugsfertig da. Das alles bedeutet natürlich eine weitestliche Ersparnis an Arbeitszeit und Arbeitskraft, die dazu beitragen, daß das Kupferhaus verhältnismäßig billig ist. Vor- züge sind neben den erwähnten die leichte Reinigung aller Bau- teile, der Schutz gegen Feuer, Blitz usw., die Möglichkeit, den Bau schnell zu erweitern und vor allem die Wertbeständigkeit des Materials. Leider kann die Inneneinrichtung der Häuser durch die technisch notwendige Musterung der Wände nicht voll befriedigen.

Moderne China

Auf der deutschen Bauausstellung in Berlin ist China mit einer Sonderausstellung vertreten. Es zeigt dort neben alten Kultbauten die Anpassung des „Reiches der Mitte“ an die europäisch-ameri- kanische Kultur, gegen die es sich lange mit allen Kräften gewehrt hat. Besonders in den Haupt- und Hafenstädten sind moderne Ein- richtungen und Bauten geschaffen worden. Man erzählt z. B., daß das heutige China 474 Bibliotheken in oft recht beträchtlichem Umfange hat, daß 90 Museen und 409 moderne Vortragsäle vor- handen sind, daß sich chinesische und eingewanderte junge Menschen auf 254 Sportplätzen tummeln können und daß das Netz der Auto- strassen in China schon 74 515 Kilometer umfaßt.

Die Giftigkeit des Tabakrauches.

Das Aroma und der gute Geschmack von Tabakwaren ist im Gegensatz zu einer vielfach verbreiteten Anschauung vom Nikotin- gehalt des Tabaks völlig unabhängig. Interessant ist auch, daß z. B. die „Schwere“ der Zigarren durchaus nicht durch den Nikotingehalt bedingt ist. — Die nicht zu leugnende schädliche Wirkung des Rauchens hängt auch nicht allein vom Nikotingehalt ab, sondern bei der Verbrennung des Tabaks entstehen neben Stickstoff, Kohlen- oxyd und Wasserdampf verschiedene andere chemische Verbindungen, wie z. B. Pyridin, Ammoniak, Schwefelwasserstoff, Blausäure, Methylnitroalkohol und verschiedene teerige und harzige Stoffe. Ein Teil der schädlichen Wirkungen des Tabakgenusses ist wohl auf diese Nebenprodukte zurückzuführen.

Salzgehalt der Ostsee

Der Salzgehalt der Ostsee ist ganz verschieden. Er ist am stärksten bei den dänischen Inseln, wo das durch die Flüsse in die Ostsee ge- kommene Süßwasser als Oberflächenströmung in die Nordsee wechsell und als Tiefenströmung das stärker salzhaltige Nordsee- wasser in die Ostsee dringt. Hier misst man an der Oberfläche 19,5‰ Salzgehalt und in der Tiefe 29,3‰. An der Kieler Förde sind es an der Oberfläche nur noch 16,6‰ Salzgehalt, bei Warnemünde 11,5‰, bei Rügen 8,6‰, in der Danziger Bucht 7,6‰ usw. Je weiter wir nach Norden und Osten kommen, desto geringer wird der Salzgehalt der Ostsee. Selbstverständlich wirkt dieser verchiedene hohe Salzgehalt auch auf die Pflanzen- und Tier- welt der Ostsee ein.

Lustiger Stammbuchvers

In einem alten Berliner Stammbuch — Poesie-Album nennt man's heute so schön! — findet sich mit einer entsprechenden far- bigen Zeichnung der nachstehende lustige Vers:

„Wirft du je die Freundschaft brechen,  
Soll's an dich der Himmel rächen.  
Deine Nase werd' ein Schnabel,  
Deine Hand zur Ofen-Gabel,  
Deine Haare grün wie Gras  
Und dein Bauch zum großen Faß.“

Man muß sich diesen so „verschönten“ Menschen einmal plastisch vorstellen!  
Hlw.